

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 1.—6. Oktbr. 25 Mill. M., freibleibend. Einzelverkaufspreis 4,5 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon { 905 nur Redaktion.  
          { 926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 18 Mill. M., auswärtige Grundpreis 150 Mill. mal Spaltenzahl. D. Z. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 12 Mill. M., Rettkamen 52 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle  
          { 905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 234.

Sonntag, 6. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

## Wie lange noch?

### Stwige Unschlüssigkeit. — Das Verbrechen der Volkspartei.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Plan des mit der Regierungsbildung beauftragten Reichskanzlers Stresemann, an Stelle der aus dem bisherigen Kabinett ausgeschiedenen Sozialdemokraten Wirtschaftler zu übernehmen, die als politisch unbeschrieben gelten konnten und dann vor den Reichstag zu treten, mußte bereits am Donnerstagabend als gescheitert betrachtet werden. U. a. dachte der Reichskanzler an den Eintritt des Direktors der Darmstädter Nationalbank, Dr. Schacht, als Finanz- und Wirtschaftsminister, während der schon bei früheren Regierungskrisen oft genannte Kommerzienrat Raethige ein anderes Ministerium übernehmen sollte. Sowohl Schacht wie Raethige werden als durchaus zuverlässige Republikaner bezeichnet. Als Programm sollte die von Dr. Stresemann bereits in Uebereinstimmung mit der gestürzten Regierung ausgefertigte Erklärung dienen.

Noch am Donnerstagabend mußte der Reichskanzler diesen Gedanken aufgeben, da auch er sich nach Rücksprache mit den Parteiführern von seiner Undurchführbarkeit überzeugt hatte. Er hat deshalb noch in den späten Abendstunden die Führer der Fraktionen zu sich und forderte sie auf, schon mit Rücksicht auf die schwierige innen- und außenpolitische Lage schleunigst den Versuch zur Wiederverstärkung der alten Koalition zu machen. Er selbst war bereit, daran mitzuwirken und trug sich mit der Absicht, im wesentlichen die Ministerien wie bisher besetzt zu lassen, jedoch für das Finanz- und Wirtschaftsministerium den Direktor der Darmstädter Nationalbank, der ihm bereits eine Zusage gemacht hatte, in Aussicht zu nehmen. Sowohl das Zentrum wie die Demokraten sagten zu, ihr Möglichstes zur schnellen Lösung der Regierungskrise zu tun. Auch der Genosse Hermann Müller erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit sei, auf den Boden der großen Koalition zu treten, wenn dazu die Möglichkeit besteht. Das Zentrum wollte diese Möglichkeiten dadurch schaffen helfen, daß die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz herausgelassen und die übrigen sozialpolitischen Fragen nur unter Einschaltung eines Reichstagsausschusses in Gemeinschaft mit der Regierung geregelt werden sollten. Die Demokraten waren gleicher Auffassung und wollten der Sozialdemokratie insofern eine gewisse Garantie für die sachliche Ausführung der sozialpolitischen Ermächtigungen geben, als neben dem Reichsarbeitsminister ein sozialdemokratischer Staatssekretär in das Reichsarbeitsministerium treten sollte.

Am 14 Uhr mittags trat die sozialdemokratische Fraktion zur Besprechung dieser neuen Lage zusammen. Nach einem Bericht des Genossen Hermann Müller wurde der Fraktionsvorsitzende eine vorherige Debatte ermächtigt, in Anbetracht der Zugeständnisse von Zentrum und Demokraten Verhandlungen über die Wiederherstellung der großen Koalition mit dem Reichskanzler zu führen.

Nachmittags fand dann erneut eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler über die Klärung der Differenzpunkte statt, in deren Verlauf der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Haltung einnahm, die sicherlich auch von den christlichen Arbeitern entschieden verurteilt wird. Er zeigte sich zu irgend welchen Zugeständnissen nicht bereit, während der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Dr. Marx, der Sozialdemokratie sehr weit entgegenkam. Sofort nach Abschluß dieser Sitzung trat die sozialdemokratische Fraktion erneut zusammen. Sie beschloß nach der Berichterstattung des Genossen Hermann Müller und einer kurzen Debatte, erneut auch bezüglich der Arbeitszeitfrage auf den Boden der im November v. J. noch vom Kabinett Wirth verfertigten Note zu treten.

Mit diesem Beschluß, der auch die Zustimmung der Demokraten fand, begab sich der Genosse Hermann Müller in die Reichskanzlei, wo die Besprechungen über die Lösung der Regierungskrise fortgesetzt wurden.

## Sturm auf Preußen.

Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Seitdem die Deutsche Volkspartei so prompt zusammengeklappt ist, als die Deutschnationalen und die mit ihnen in engem Bunde arbeitenden Gruppen der Schwerindustrie das „marxistische“ Koalitionskabinett Stresemann zu stützen suchten, ist diesen Ministerstürzern der Appetit gewaltig gewachsen. Es genügt ihnen nicht, nach ihrer Meinung den „Marxismus“ im Reich beseitigt zu haben, sie strecken jetzt auch die Hände nach Preußen aus. Hinter den Kulissen wird eifrig daran gearbeitet, der Deutschen Volkspartei in Preußen begreiflich zu machen, daß sie unmöglich in der bisherigen preußischen Regierungskoalition bleiben könne, weil in ihr ja auch Marxisten sitzen. Die volksparteiliche „Zeit“, die auch die Unterströmungen der eigenen Partei zwischen den Zeilen anzudeuten pflegt, hatte schon gestern abend geschrieben: „Gewiß ist der Versuch gescheitert, aus der großen Koalition im Reich eine feste und dauerhafte Regierung zu

schmieden. Aber damit ist der Gedanke der großen Koalition keineswegs erledigt. Dieser Gedanke behält seine volle Berechtigung, und er behält hoffentlich auch seine volle Lebenskraft da, wo er sich durchgesetzt hat. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn von der Krise im Reich irgendwie ein Rückschlag auf die Regierungsverhältnisse in Preußen ausgehen sollte. Wir hoffen bestimmt, daß das nicht der Fall sein wird.“

Diese Hoffnung der „Zeit“, die sich augenscheinlich der eigenen Mannen nicht mehr sicher glaubt, erscheint der „Kreuzzeitung“ außerordentlich bedenklich. Sie sucht die Volkspartei in plumpester Weise aufzupumpfen, indem sie verkündet, die „Hörigkeit der volksparteilichen Landtagsfraktion von Herrn Sennering sei allem Anschein nach größer als der Wille der Reichstagsfraktion der „Stresemann-Partei“.

Um die Volkspartei vollends einzuschüchtern, veröffentlicht die deutschnationalen Blätter die Mitteilung, die deutschnationale Reichstagsfraktion habe beschlossen, der Fraktion der Deutschen Volkspartei bekanntzugeben, daß sie auch einem neuen Kabinett Stresemann das Vertrauen würde versagen müssen, da ein solches Kabinett keine Gewähr dafür böte, daß die Sozialdemokraten auch aus der preußischen Regierung ausgeschaltet würden.

## Verständigung in der Koalition?

Berlin, 6. Oktober.

Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet: Die Parteien der großen Koalition sind im Laufe des gestrigen Abends über die Grundlagen einer Verständigung mit Dr. Stresemann so gut wie einig geworden. Ein interparlamentarischer Ausschuss, der um 9 Uhr zusammentrat, war indessen bis kurz vor Mitternacht mit der ihm gestellten Aufgabe noch nicht zu Ende gekommen, jedoch die erneute Rücksprache der Parteiführer mit Dr. Stresemann nicht, wie beabsichtigt war, um 11 Uhr nachts stattfinden konnte. Bei allen Beteiligten erhielt sich jedoch die Zuversicht, daß das angestrebte Ziel erreicht und daß Dr. Stresemann mit dem in seine früheren Rechte wieder eingeleiteten alten Kabinett heute nachmittags vor dem Reichstag werde erscheinen können. Möglich ist immerhin, daß die Verhandlungen sich trotzdem im letzten Augenblick noch zerschlagen können.

## Verhandlungen in der Reichskanzlei.

Berlin, 6. Oktober.

Der „Vorwärts“ berichtet: Die bürgerlichen Parteien haben dem Verlangen der Sozialdemokratie, daß die Arbeitszeitfrage auf dem normalen gesetzlichen Wege geregelt werde, nachgegeben. Ueber die Grundlage der gesetzlichen Regelung begannen gestern abend in der Reichskanzlei Beratungen, die sich schwierig gestalteten und in später Nachstunde noch nicht abgeschlossen waren.

Die „Kreuzzeitung“ erklärt: Auch für den Fall, daß es zu keiner Einigung kommt, wird Dr. Stresemann heute im Reichstag seine Erklärung abgeben.

## Die Plenarsitzung des Reichstages.

II. Berlin, 5. Oktober.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat die Plenarsitzung für Sonntag, 12 Uhr, in Aussicht genommen, unter der Voraussetzung, daß dann die Regierung gebildet sein wird und eine Erklärung abgeben kann.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ beabsichtigt Dr. Stresemann heute mittags einfach vor das Reichstagsplenum mit dem bürgerlichen Kumpfkabinett zu treten und ein Vertrauensvotum zu erbitten. Wahrscheinlich, daß dann die Sozialdemokratie sich der Stimme enthalten wird, auch wenn sie die Partei nicht mehr mitzumachen gedenkt. Die durch den Austritt der sozialdemokratischen Minister freigewordenen Portefeuille würden dann in wenigen Tagen vergeben werden. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler für diesen, hoffentlich nicht eintretenden, Fall bereits bestimmte Persönlichkeiten vorgezogen hat.

Sollte tatsächlich heute nur ein Kumpfkabinett vor den Reichstag treten, so wird es sich nicht lediglich der Gefahr einer Niederlage durch die Vorlesung des diktatorischen Ermächtigungsgesetzes aussetzen. Im Gegenteil. Das Parlament wird auf acht bis zehn Tage nach Hause geschickt werden und der Reichskanzler wird sich auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung von dem Reichspräsidenten zunächst nur die Ermächtigung zur schnellen außerparlamentarischen Lösung der Währungsfragen geben lassen.

Kurs vom 6. Oktober:

Dollar 725 000 000.

## Rettet das Reich!

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Als die Sozialdemokratie vor sechs Wochen die Beteiligung an einer Regierung der großen Koalition trotz schwerer Bedenken beschloß, war sie von der festen Absicht besetzt, dieser auf breiter parlamentarischer Basis beruhenden Regierung nach Möglichkeit eine lange Lebensdauer zu geben. Hätten wir die Absicht gehabt, schon in wenigen Wochen wieder aus der Regierung auszutreten, dann wäre es überhaupt überflüssig gewesen, erst den Versuch mit der großen Koalition zu machen, die von breiten Kreisen des Volkes als einzige Möglichkeit zur Rettung der Reichseinheit betrachtet wurde. Das so eingegangene Kompromiß war nicht Selbstzweck, sondern fand die Zustimmung der Fraktion, um nach bestem Wissen und Gewissen unserer Sache zu dienen. Soweit die Verhältnisse es gestatteten, ist das geschehen. Denn sicher ist heute u. a., daß ohne den Genossen Sollmann im Reichsministerium des Innern die Rüstinger Vorgänge schließlich doch zu dem ausgeartet wären, was mit ihnen bezweckt gewesen ist. Ohne Sollmann mußte die Umzingelung Berlins, der Sturz der Republik durch die rechtsradikalen Putzschiffen gelingen, nicht weil Herr Geyler und Dr. Stresemann das wollten, sondern weil insbesondere dem Reichswehrminister die Stütze zu einer energischen Tat fehlte, die er schließlich in Sollmann fand. Aber trotz aller Vorteile, die immer durch eine Mitarbeit in der Regierung gegeben sind, mußte schließlich für uns die Beteiligung an der großen Koalition aufhören, als der schwerindustrielle Flügel der Volkspartei Ansprüche an die Sozialdemokratie stellte, die wir als dem Volksinteresse widersprechend betrachten mußten. Denn es war und bleibt ein Wahnsinn, den Achtstundentag aufzuheben, die Arbeiter zu einem zehnstündigen Arbeitstag zu zwingen, während Tausende und aber Tausende auf der Straße liegen und der Staatskasse zur Last fallen.

Die Möglichkeit einer neuen Beteiligung an der großen Koalition unter erträglichen Voraussetzungen wurde durch die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber den Forderungen der Volkspartei nicht ausgeschlossen. Wir haben immer wieder betont, daß es in dieser schwierigen Zeit auch die Pflicht der Arbeiterklasse ist, tatkräftig an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes innerlich und außerhalb der Regierung mitzuarbeiten, wenn hierzu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind. Sicherlich hat die Volkspartei in diesen Tagen neben ihrem Rerrat am Vaterland einen Beweis der Loyalität geliefert, der es uns wahrhaftig nicht leicht macht, weiterhin mit ihr zusammenzuarbeiten. Aber in der Politik und insbesondere im gegenwärtigen Augenblick darf nicht das Gefühl, sondern nur die Vernunft maßgebend sein, und im Vordergrund aller Erwägungen muß die Frage stehen: wie können wir unserem Volke dienen, wie vermögen wir insbesondere der Arbeiterklasse zu helfen und was ist zu tun, um den Bestand der Republik zu sichern? Niemand kann den Beweis führen, daß die praktische Beantwortung dieser Fragen besser möglich ist, wenn wir außerhalb der Regierung stehen. Vergessen wir nicht, daß derjenige, der an der Quelle sitzt, die Gewalt hat, daß schließlich er bestimmt, und nicht derjenige, der von draußen hereintritt, um gute Ratschläge zu erteilen und Wünsche zu äußern. Seit 1918 haben wir das immer und immer wieder erfahren müssen! Vielleicht wäre die Republik heute nicht mehr, wenn die Sozialdemokratie in der preußischen Regierung keinen Einfluß besäße würde.

So oft die sozialdemokratische Partei in eine Regierung eintrat, hat sie nicht daran gedacht, das unter Verzicht auf ihre Grundzüge zu tun. Aber schließlich können doch einmal Zeiten kommen, in denen selbst Grundzüge keinen Wert mehr haben, in denen manches zurückgestellt werden muß, um die Vorbedingungen zur Verwirklichung unserer Ziele schaffen und sichern zu helfen. Wir wollen damit nicht behaupten, daß im Augenblick gerade die Sozialdemokratie ihre Grundzüge opfern soll. Aber wir gehen wohl zu bedenken, daß die Verwirklichung unserer Ideen ohne den Fortbestand des Reiches, ohne die Erhaltung der Republik nicht mehr möglich ist. Gegenwärtig aber sind Reichseinheit und Republik in ihrer Existenz bedroht. Die Rechtsradikalen warten auf den Augenblick, in dem sie mit Gewalt unsere Verfassung zu Grabe tragen können und im Westen Deutschlands stehen die Sonderbündler bereit, die Rheinische Republik auszurufen. Das Signal zu alledem aber wird gegeben durch eine Auflösung des Reichstages, der unfähig eine Regierung zustande zu bringen und sich so als überflüssig erweist.

Es gilt deshalb im Augenblick, die Republik retten zu helfen, um weiterhin für unsere Ideen werben zu können. Deshalb konnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegenwärtig nicht das Gefühl über die Vernunft walten lassen und die Neubildung einer Regierung der großen Koalition unter allen Umständen ablehnen. Nein, als Träger der Republik ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, einem vernünftigen Kompromiß zuzustimmen! Lieber ein erträgliches Kompromiß als der Untergang des Reiches, der gleich



Während ist mit dem Untergang der Sozialdemokratie. Deshalb hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Ortstand im Laufe des Freitag Vollmachten zu Verhandlungen gegeben, die drauf hinauslaufen, unter Wahrung ihrer Prinzipien den Versuch zur Neubildung der großen Koalition zu machen und auf diesem Wege die Republik zu helfen.

### Parteiausschuss.

Der Parteivorstand hat in Anbetracht der politischen Lage für heute, Sonnabend, den Parteiausschuss zusammenzurufen.

\*

Der offizielle Bericht der Partei kann nicht widerspruchlos angenommen werden. Wir wissen, es ist nichts Geringses, was genötigt auf dem Spiele steht. In der Regierung zu sitzen, bedeutet für uns gleichzeitig, über die Machtmittel mit zu verfügen, die dem Staate zum Schutze der Verfassung gegeben wurden. Aber auch hier zeigte sich, daß es gefährlicher sein kann, sich in einem Verräter in die Macht zu setzen, als unbesetzt von der Verantwortung außerhalb der Regierung zu warten. Denn auch in diesem Punkte hat die Volkspartei Verrot geübt: sie hat die Machtmittel des Staates zwar gegen die Feinde der Republik durch die Ausnahmeverordnung mit mobilisiert, aber ihrer republikanischen Einstellung ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß sich dieser Ausnahmezustand in einzelnen Landesteilen gegen die freiheitlichen Volksteile kehrte. Es ist ein Skandal sonderbar, daß in Bayern der proletarische Selbstschutz aufgelöst werden konnte, während die sächsischen Freikorps nicht nur beauftragt umherzulaufen, sondern ihre Bürgerkriegspläne ungeniert in Öffentlichkeit verkünden. Die Reichsregierung hat bis heute die Entwaffnung des hakenkreuzlerischen Mordpacks nichts getan! Sie hat nicht einmal Veranlassung genommen, dieses gemeinhätliche Treiben illegaler Organisationen und ihrer hochamteten Gönner öffentlich zu brandmarken.

Die sozialdemokratische Anhängerschaft wurde im Laufe der Jahre an manche politische Schweinerei gewöhnt, die sich unter Aufsicht der bürgerlichen Parteien entwickelte. Sie hat manchen hitler geschluckt in der Hoffnung, daß die Zeit den Unterschied zwischen der Moral der freiheitlichen Massen und dem moralischen Tiefstand des reaktionären Treibens beweisen würde. Sie hat mit den schärfsten Abwehrmitteln bis heute zurückgehalten, um nicht Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Zerfall Deutschlands bedeuten müßten. Heute scheint es, als ob die Einheit Deutschlands kaum noch zu retten ist. Die entscheidenden Wirtschaftsmächte der besitzenden Schichten sind von neuem Egoismus, der allmählich selbst Blättern jenes Schlagens auf die Kerne fällt, die für die Interessen, Forderungen und Anhängen der bürgerlichen Schichten alles und für die Wünsche und Lebensnotwendigkeiten der breiten Massen wenig übrig lassen.

Wir wissen, was für die deutsche Arbeiterklasse auf dem Spiele steht, wenn eine reaktionäre Regierung mit Diktatur-erläufen die verflochtenen erliegen sollte. Aber wir haben diese Gefahr nicht zu fürchten. Können die Deutschnationalen wirklich anders, so hätten sie endlich die Versprechungen zu erfüllen, die sie seit Jahren breitmäutig unter Volk gedreht haben. Hält jemand, daß diese Vertreter der egoistischen Klasseneliten Brot aus Steinen machen können? Wenn die Bauern die Parteiherrschaft der Deutschnationalen aus ihrer Tasche befehlen sollten, verlieren die um Herz und Helferisch selbst die Kreise, die ihnen bisher die getreueste Gefolgschaft leisteten. Sie können vor Aufgaben, die ihnen über dem Kopfe zusammenhängen. Und wir können allen, die mit dem Gedanken einer reaktionären Diktatur spielen, schon heute verraten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter alles tun würden, um ihnen das Regieren gründlich zu verhaseln. In wenigen Wochen würden selbst diejenigen in dem rechtsgerichteten Diktaturkabinett das „Kreuzige!“ zuzureiten, die heute bereit sind, einem kaiserlichen Gewaltregime „Hosanna!“ zuzurufen. Wir stellen uns den Kampf, der in einem solchen Falle einlegen müßte, ganz gewiß nicht leicht vor. Aber schließlich würde unten zusammengerückt, und uns bangt dabei auch nicht vor der Frage, wer bei diesem Kampfe den Kopf verliert!

Es gibt nur einen Weg zur Rettung dieses aus tausend Runden blutenden Volkes: eine Politik, die den wertvollen, beständigen Massen ein erträgliches Dasein schafft und dem Kapitalismus ernsthaft zu Leibe geht. Mit den landläufigen Rezepten der bürgerlichen Parteien oder gar mit reaktionären Gewalttaten ist nur eins zu erreichen: Der Kampf aller gegen alle! Das Chaos!

## Baldwins Angebot an Poincaré.

Anleihe gegen Ruhräumung. — Englische Garantie der französischen Geschäftsforderungen gegen Verzicht auf preussische Provinzen. — Wenn Deutschlands demokratische Regierung form aufrecht bleibt. — Poincaré erklärt: Keine Zerstückelung, keine Annexion, keine Forderung des Separatismus.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, wie sehr der Kampf der deutschen Nationalisten gegen die Republik und den Parlamentarismus Deutschland im Auslande und in seinen außenpolitischen Unternehmungen lähmt. Ein Telegramm, das die „Stampa“ über die letzte Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré veröffentlicht, beweist das aufs neue. Das Telegramm stammt von dem Londoner Korrespondenten des „Times“. Ihm zufolge hat der englische Premier mit dem französischen Ministerpräsidenten das höchste gemeinsame Borgehen Frankreichs und Englands in der Reparationsfrage, besonders hinsichtlich der finanziellen Einzelheiten, eingehend besprochen. Bei dieser Gelegenheit hat Baldwin erklärt, daß England bereit sei, den ersten Schritt zu offiziellen Verhandlungen über die Schuldentilgung zu machen. Möglich sei das jedoch nur, wenn sich die demokratische Regierung Stresemanns in Deutschland gegen den heftigen Sturm, der bei der Einstellung des Abwehrkampfes entzündet wird, behauptet. Wenn Deutschland den Widerstand einstellt hat und offizielle Verhandlungen zwischen England und Frankreich im Gange sind, in England gewillt, auf dem englischen und amerikanischen Geldmarkt eine Anleihe für eine große Anleihe einzuleiten, die Frankreich sofort 5-8 Milliarden Franken verschaffen soll. Weiter garantiert England die Geschäftsbank von 25 Milliarden Goldmark, die Frankreich als Reparationszahlung fordert. Dagegen sollen die produktiven Provinzen festhalten. Als Entgelt ist ein System von politischen Verhandlungen vorgeschlagen, die mit Berlin verabredet werden sollen. Nach der Erklärung Baldwin in England ist er bereit, die französischen Kriegsschulden in England zu rekapitulieren. In dieses Entgegenkommen in der Schuld- und Reparationsfrage läßt sich

land aber bestimmte Bedingungen. Die Grenzen Deutschlands müssen so bestehen bleiben, wie sie im Versailler Vertrag festgelegt worden sind. Weiter soll Frankreich eindeutig bekunden, daß es nicht an eine dauernde Besetzung des Ruhrgebietes denkt und das Rheinland nicht annektieren bzw. zu keiner separatistischen Bewegung am Rhein aufgehen will.

Nach dem Telegramm der „Stampa“ hat Poincaré auf den Vorschlag Baldwin erklärt, daß die französische Regierung mit ihm einverstanden ist. Er verbürge sich feierlich, daß die französische Regierung nicht auf die Zerstückelung Deutschlands hinarbeite und die das Rheinland nicht annektieren bzw. den Separatismus fördern will. Frankreich sei bereit, das Ruhrgebiet zu räumen, sobald es die erste größere Anleihe, die England ihm in Aussicht stellt, als Reparationsanleihe erhalten hat.

## Der Reichsindexdurchschnitt im September.

II. Berlin, 4. Oktober.

Für den Durchschnitt des Monats September berechnet sich die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) auf das 15millionenfache gegenüber dem 584tausenfachen im Durchschnitt des August. Die Steigerung beträgt 2450 Prozent. Dem Monatsindex liegen die Erhebungen in 71 Gemeinden an den 4 Stichtagen des September zugrunde. Außerdem fanden noch die Indexziffern vom 27. August und 1. Oktober zur Ermittlung der Tendenz in den beiden ersten und sechs letzten Septembertagen entsprechende Berücksichtigung. Die Lebenshaltungskosten sind im Durchschnitt September auf das 13,2millionenfache, die Bekleidungskosten auf das 26,5millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

## Das Ende der Brotversorgung.

Der Reichsrat nahm am Freitag nachmittags wichtige Änderungen an dem Gehektentwurf zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vor. Auf Antrag Preußens wurde die Brotgetreidereste von 2 1/2 Millionen auf 3 1/2 Millionen Tonnen erhöht. Ueberhörschuldenkommunalverbänden kann die Verpflichtung auferlegt werden, bestimmte Mengen Brotgetreide abzuliefern; zur Durchführung dieser Ablieferungsverpflichtung kann die Reichsregierung das Umlagerverfahren wieder einführen. Die Kommunalverbände können den Verbrauch und die Verteilung des Getreides aus den Mühlen regeln und überwachen. Anträge, die Brotmarkenverordnungen bis zum 1. oder 31. Dezember zu verhängen (Hamburg und Lübeck hatten solche gestellt), wurden abgelehnt. Abgeben von Gebieten mit besonderen Verhältnissen erfolgt danach die Markenbrotverteilung mit dem 15. Oktober. Erhält eine Kommune wegen Verfüllung von Getreide, so muß das nachweislich mit Brotgetreide gefütterte Vieh eingezogen und der Erds aus diesem Vieh zur Brotverbilligung verwendet werden.

## Die Reichsarbeiterlöhne.

Am Donnerstag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Neuverteilung der Reichsarbeiterlöhne statt. Die Gewerkschaftsvertreter beanspruchten eine Erhöhung um 100 Prozent, die Regierung bot zunächst 55 Prozent, erklärte sich aber am Mittwoch bereit, die Bezüge der Arbeiter für die erste Oktoberwoche gegenüber der Vorwoche um rund 67 Prozent zu erhöhen. Die Mehraufgabe beträgt danach 63 000, die Teuerungszahl 56 168.

## Kommunisten in der sächsischen Regierung?

Von der Zentrale der Kommunistischen Partei ist folgender Beschluß gefaßt worden: „Angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterklasse droht, hat die Zentrale der KPD. beschlossen, alle Bedenken zurückzustellen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterklasse zur Abwehr der sächsischen Gefahr zusammenzuschließen. Die Zentrale der KPD. ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterklasse im Reich die sächsische und thüringische Regierung verteidigen und verhindern wird, daß die sächsischen und thüringischen Arbeiterklasse niedergelagt.“

## Nur Militär soll befehlen.

SPD. Dresden, 5. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Der sächsischen Regierung ist vom Wehrkreiskommando IV ein Schreiben des Reichswehrministers zugegangen, in dem die Ernennung eines Zivilkommissars für Sachsen abgelehnt wird. Das Interesse der Länder unter dem militärischen Ausnahmezustand werde am besten dadurch gewahrt, daß Militärbefehlshaber und Landesregierungen in engem, unmittelbarem Einvernehmen arbeiten. Die Militärbefehlshaber hatten entsprechende Anweisung. Der Regierungskommissar, der ein Organ des Reiches sei, vertrete nirgends die Interessen eines Landes, sondern in verwaltungstechnischen Fragen die Interessen der Zivilbevölkerung gegenüber dem Militärbefehlshaber. Für einzelne Länder kann deshalb kein besonderer Regierungskommissar ernannt werden; dieser könne nur für das gesamte Gebiet eines Militärbefehlshabers in Betracht.

## Das Werk der Krisenmacher.

Die Mark klettert ins Bodenlose. — Künstlicher Dollarkurs 600 Mill.

Berlin, 5. Oktober.

In der Börse herrscht vollkommen katastrophale Stimmung. Man steht den Bemühungen Stresemanns, eine neue Regierung zu bilden, sehr skeptisch gegenüber. Die heute veröffentlichten Ziffern über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse, die ein katastrophales Anwachsen der schwebenden Schuld in der letzten Septemberdekade um das Fünfeinhalbfache erkennen lassen, bildete den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die Tendenz am Devisenmarkt war angesichts dieser trostlosen finanziellen Lage und der außerordentlich schwierigen politischen Verhältnisse sehr fest. Vor der amtlichen Notierung wurde der Dollar mit 630 Millionen, das englische Pfund mit 2900 Millionen genannt.

In Effektenverkehre trat ebenfalls noch etwas unruhiger Erregung eine sehr feste Tendenz hervor. Diese erstreckte sich jedoch nicht auf alle Märkte gleichmäßig. Die stärksten Kurssteigerungen wiesen die Aktien aller Unternehmungen des besetzten Gebietes und auch Oberschlesiens auf. Demgegenüber blieben die Aktien von Gesellschaften des unbesetzten Gebietes hinter der Devisenbewegung im Kurse weit zurück. Die Gelbflucht, die seit einigen Tagen an der Börse bemerkbar macht, hält vorläufig noch an.

## Unternehmerabofage.

SPD. Breslau, 5. Oktober.

Die Arbeitgeber des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues haben den Schiedspruch über die letzte Lohnerhöhung wegen Unschlüssigkeiten abgelehnt. Sie kündigen gleichzeitig, ebenso wie vor einiger Zeit bereits die sächsischen Braunkohlenbergwerke, die Einlegung von Feiertagen an und wollen vorläufig vom Donnerstag an einen ganzen Tag wöchentlich nicht einfahren lassen. Gleichzeitig ist ein großer Teil der verarbeitenden Industrie gerade in Schlesien nicht in der Lage, den Kohlenbedarf zu decken und selbst die Hausbrandversorgung ist hier in der nächsten Nähe eines der größten Kohlengebiete der Welt für den Winter noch völlig ungesichert. Der Verzicht auf die Ausnutzung der heute bereits gesetzlich gestatteten Arbeitszeit durch die Arbeitgeber des Kohlenbergbaues beleuchtet die Unwahrscheinlichkeit der Begründung für die letzten Vorklässe gegen den Wärsftundentag. Nicht der Wunsch nach Produktionssteigerung kann diese Vorklässe veranlassen haben, da die Arbeitgeber ihrerseits jede Produktionssteigerung durch ihre Preiskalkulationen und ihre Stilllegungsmassnahmen täglich mehr sabotieren, sondern nur der Wunsch nach Niedertrümpelung der Arbeiterorganisationen unter Verzicht auf jede rationelle Wirtschaftsgestaltung.

## Die Blutpumpe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes trägt in ihren heutigen Betrachtungen zur Regierungskrise den Parlamentarismus zu Grabe:

„Der deutsche Parlamentarismus ist tot. Er hat zu den Konsequenzen geführt, die von Anfang an in ihm lagen. Es war sein Schicksal, nicht in einem freien Lande zu erstehen. In Deutschland war das Parlament das „freieste“ Parlament im freiesten Lande der Welt“, in Wahrheit nur die Blutpumpe des Landesfeindes. Das war seine historische Aufgabe. An ihr ist es jetzt zusammengebrochen. Was nun kommt, wird etwas Neues sein.“

Eine nähere Erläuterung dessen, wie das „Neue“, das nun kommen soll, gearbeitet ist, gibt das Stinnes-Organ nicht. Es braucht sich auch nicht in geistige Unkosten zu kürzen. Für jeden Arbeiter ist es nach den mehrfachen Erklärungen von Stinnes und seinem jetzigen Vorgehen bei dem Regierungsumsturz klar, daß an die Stelle der angeblichen „Blutpumpe des Landesfeindes“ nach Aufrichtung einer Rechtsdiktatur die Blutpumpe der deutschen Schwerindustrie treten soll.

## Zum Freispruch Rähne.

Demonstrationen gegen den Junker.

Wie gemeldet hat der Prozeß gegen Herrn v. Rähne auf Pechow mit Freisprechung geendet. Dem Potsdamer Schwurgericht hat die Beweisführung nicht genügt, den Angeklagten der vorläufigen Tötung des jungen Laase schuldig zu sprechen. Auch die Evidenzfrage, ob er der Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig sei, ist verneint worden. Einige Widersprüche in den Aussagen wichtiger Zeugen dürften so schwer ins Gewicht gefallen sein, daß die Wagschale sich zugunsten des Herrn v. Rähne neigte. Das Gericht ging sogar soweit, mit den Kosten des Verfahrens auch die dem Angeklagten entstandenen Verteidigungs- und sonstigen Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Er konnte erhobenen Hauptes die Anklagebank verlassen und darf sich eine „glänzende Freisprechung“ buchen.

Wird nach diesem Ausgang des mit so großer Spannung erwarteten Prozesses die Volksmeinung ihr Urteil über Herrn v. Rähne ändern? Wir vermuten, daß der Schloßherr auf Pechow selber nicht einen derartigen Erfolg zu hoffen wagt. Daß er Laase erschossen hätte, hält das Schwurgericht nicht für bewiesen. Herr v. Rähne wehrte sich erregt auch gegen den Vorwurf, daß er überhaupt rasch zur Schußwaffe greife. Der Staatsanwalt äußerte sich etwa in dem Sinne, daß auf alles, was nach Pechow kommt, geschossen wird. Darüber geriet der Angeklagte in heftige Erregung, die sich in seinem Schlusswort rüchhaltig Luft machte. „Es wird“, polterte er, „nur auf Hallunken geschossen, wenn sie uns und unser Eigentum angreifen.“ Lange genug hatte er sich bezähmt — jetzt war er wieder ganz Herr v. Rähne. Er fügte hinzu, auch dann werde noch nicht mal so geschossen, daß schlimmere Verletzungen entstehen. Seine Schilderung eines Zusammenstoßes schloß er in fast jovialem Ton: „Ich will den Bengel bloß ein bißchen flügelarm machen, dann wird er sich das merken.“ Daß man auch bei Angriffen auf das Eigentum schon schießen darf, ist also wohl Herrn v. Rähnes Ansicht? Ihm steigt anscheinend gar nichts daran, die Volksmeinung über ihn in diesem Punkt zu ändern. Seinen Verzicht so zu verteidigen, erklärte er für sein gutes Recht, das ihm kein Staatsanwalt, kein Schwurgericht nehmen könne. Das sagte er den Potsdamer Geschworenen ins Gesicht hinein, in dem Augenblick, wo sie entscheiden sollten, ob er überführt sei, den jungen Laase erschossen zu haben. Es hat dem Angeklagten nicht geschadet — sie haben ihn „glänzend freigesprochen“.

Herr v. Rähne ist der Nachkomme einer alten Pechower Bauernfamilie, die erst im 19. Jahrhundert geadelt wurde. Er kann also nicht den Anspruch erheben, ein „echter“ Junker zu sein, den seine „Standesgenossen“ als vollwertig anerkennen müßten. Aber über sein „Recht“ bei der Verteidigung seines Eigentums denkt er ganz so, wie er nur ein echter Junker konnte. An der Ehrlichkeit dieser Ueberzeugung des Herrn v. Rähne darf man nicht zweifeln. Ihn rühmte sein Verteidiger auch als einen Mann von „tiefer und echter Religiosität“. Das vervollständigt sein Charakterbild.

Wie ein Lauffeuer hatte sich die Freisprechung v. Rähnes in Potsdam verbreitet. Tausende und aber Tausende zogen zum Lokal von Imme, Lindenstr. 14 in Potsdam, und versuchten dort einzudringen, um Rähne herauszuholen. Als Rähne nach einer Stunde mit seinem Wagen das Lokal verlassen wollte, stürzte sich die Menge auf ihn und rief: „Nieder mit dem Bluthund! Es lebe der Staatsanwalt! Nieder mit den Geschworenen, die diesen Bluthund freigesprochen haben!“ v. Rähne mußte schleunigst umkehren. Unter Bedeckung von Schupo gelang es endlich dem Wagen Rähnes, aus der Lindenstraße in die Junkerstraße einzubiegen. Hier verfolgte die Menge das Gefährt und bewarf den Insassen mit Glasscherben, Steinen und anderen Wurfgeschossen. Die Menge versammelten sich später vor dem Amtsgericht.



# An die Arbeiterschaft!

SPD. Die drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, ADGB, AFD und ADA, richten folgenden Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten:

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeiterschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Zerfall der deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt; in Deutschland selbst erheben sich ihre erbittertesten Feinde; im eigenen Land holen wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entscheidenden Schlag aus.

Dieselben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfstandpunkt zum Vorwurf machten, haben jetzt ihrerseits die Sturmjahre des rücksichtslosesten Klassenkampfes gegen die Arbeitnehmer entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn von Kahr verfolgen nur den Zweck, unbedingte Schonung der arbeitserindlichen und antirepublikanischen Elemente auf scheinbar legalen Wege die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch in die alte Hörigkeit zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitnehmer zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale arbeiten sich in die Hand. Alle sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben. Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinander gehen, einzig sind sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion. Die Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie hoffen den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch sogar die Sozialpolitik, d. h. die Regelung der sozialen Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose, jeder Einschränkung des Parlamentarismus und der Gewerkschaften zu unterwerfen, um sie nur noch in die Hand einer mit unbefristeten Vollmachten ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitszeit ohne das in der Verfassung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionen versprechen, diesen Kampf gegen die Arbeiterschaft im Namen der Nation, im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Machenschaften entgegengetreten. Sie waren und sind die Verkörperer des Reichsbankens in allen von Sonderbündlern und Monarchisten beherrschten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört.

Die Entertiten der Nation waren ihre entschlossensten Verteidiger, sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie mit Füßen treten. Die furchtbare Teuerung steigert täglich die Entbehrung und die Not in den Familien, trotz der hohen Nominallöhne. Unsere wirtschaftlichen Gegner möchten diesen kargen Entgelt noch vermindern. Um die letzte Kraft aus den Arbeitern herauszuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eigenem Belieben verlängern. Sie werfen die Arbeiter auf die Straße. Unabsehbare wirtschaftliche Not erwartet die Scharen der Arbeitslosen. Diesem Bunde der Arbeiterfeinde gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr. Jetzt ist nicht die Zeit, in Euren eigenen Reihen politische Gegenläufer

auszutragen und Eure Kräfte zu zersplittern. Gegen die Feinde der Arbeiterschaft muß die geeinte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Ansturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um Eure Rechte zu führen — wenn es sein muß auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen. Halbet Disziplin.

Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die deutsche Republik!

## Das Sondergericht in Rottbus.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine sofort in Kraft tretende Verordnung des Reichsjustizministers über die Bildung eines außerordentlichen Gerichts zur Aburteilung der Straftaten, die mit den Unruhen in Küstrin im Zusammenhang stehen. Dieses Gericht hat, wie gemeldet, seinen Sitz in Rottbus. Es entscheidet in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die zum Richteramt befähigt sein müssen. Der Vorsitzende und sein Vertreter müssen beamtete Richter sein. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt; es ergeht auch kein Beschluß des außerordentlichen Gerichts über die Eröffnung des Hauptverfahrens. Gegen seine Entscheidungen ist kein Rechtsmittel zulässig. Ueber Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das im ordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Anstaltsbehörde. Vollstreckung der Todesstrafe ist erst zulässig, wenn die Entschließung des Reichspräsidenten eingegangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Die Verordnung enthält insgesamt 21 Paragraphen; sie ist ergangen auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923.

## Volkswirtschaft.

### Verheerende Absatzflut.

Die maßlose Steigerung aller Warenpreise, mit der die Kaufkraft der Bevölkerung nicht Schritt hielt, hat die Absatzkrise in der Industrie in geradezu verheerender Weise gesteigert. Die Berichte der preussischen Handelskammern für den Monat September bestätigen, was die große Mehrheit der Arbeitnehmer leider bereits am eigenen Leibe erfahren hat, nämlich, daß die industrielle Beschäftigung immer mehr zurückgeht. Die Berichte stimmen in diesem Punkte überein, aus welchem Gewerbebezweige sie auch kommen mögen. Selbst die Rohstoffindustrien, wie Kohle und Eisen, stehen unter dem Zeichen rückwärtiger Nachfrage und stillen Geschäften. Noch mehr gilt das für die verarbeitende Industrie. So hat sich die Lage in der Kleinindustrie, im Lokomotivbau und in der Elektrizitätsindustrie wesentlich verschlechtert. Der Auslandsabsatz der letzteren flaut, weil die Weltmarktpreise überhöht sind. Auch in den Gewerbebezweigen, wo Betriebseinschränkungen bisher vermieden werden konnten, rechnet man damit, daß sie in der nächsten Zeit eintreten werden. So hat der Auslandsabsatz in chemischen Präparaten, wie es im Bericht heißt, „in erschreckender Weise nachgelassen“. Die Industrie der Steine und Erden verzeichnet kaum mehr einen Bestand. Die Papierindustrie, die Kunststoffindustrie, das Druckgewerbe arbeiten zu einem großen Teile verkürzt und beiseite die Zukunft sehr pessimistisch. Nicht anders steht es in der Bekleidungsindustrie. Der größte Teil der Textilindustrie z. B. arbeitet für den Inlandsbedarf, der vollständig stockt. Neue Auslandsaufträge gingen in diesem Gewerbebezweige nicht ein, da die deutschen Angebote um fünfzehn Prozent teurer sind als die ausländische Konkurrenz. Nicht anders steht es mit anderen Zweigen der Textilindustrie aus. Die München-Gledbacher Baumwollindustrie verzeichnet ein stark verringertes Geschäft, weil die Ware der rechtsrheinischen Fabriken infolge der niedrigeren Löhne um 40–50 Prozent billiger sein kann als ihre Ware. Die Konfektionsindustrie stockt. Während die Preise für Rohwolle und Felle sich genau der Geldwertverwertung anpassen und

auf das 40–50fache des Vormonats stiegen, strotzte in Leder das Geschäft vollkommen und die Schuhindustrie findet keine Käufer, weil die Ware zu teuer ist. Bezeichnend für die Preispolitik im Lebensmittelgewerbe ist, daß Auslandswaren sich nach dem Bericht der Frankfurter Handelskammer um 30–40 Prozent billiger stellen als deutsche Ware. Also trotz der Valutalöhne bringt das Ausland billigere Konerven auf den Markt als die deutsche Industrie! Die Luxusgüterindustrie, wie die Feinsofifabrikation, spüren ebenfalls schon die Folgen der hohen Warenpreise. Nicht anders ist es in der Tabakindustrie, während das Brauereigewerbe großenteils ebenfalls verkürzt arbeitet.

Das Gesamtbild ist also folgendes: Durch die Uebersteigerung der Warenpreise und die Unterentlohnung der Arbeiterschaft leidet die Industrie allerorts an Beschäftigungsmangel. In demselben Augenblick, wo die deutsche Volkswirtschaft ihre Arbeiter nur zu einem kleinen Teile noch acht Stunden beschäftigen kann, verlangt man die Aufhebung des Achtstundentages! Nichts kennzeichnet den Widerstand dieser in so allgemeiner Form gestellten Forderung besser als dieser Widerspruch. Selbst wenn man zugibt, daß zu besserer Kohlenverorgung der Kohlenbergbau für Mehrleistungen gewonnen werden muß, so kann man doch auf keinen Fall anerkennen, daß eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage möglich ist, indem man noch mehr Arbeiter um ihren Lohn und ihre Kaufkraft bringt.

### Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland.

U. Washington, 5. Oktober.

In amerikanischen Finanzkreisen machen die von Deutschland in Amerika getätigten Käufe viel von sich reden. Während des August 1923 betrug die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland 28 200 400 Dollar gegen 21 301 000 Dollar im August 1913. Die auf Rechnung Deutschlands in Amerika erfolgten Käufe beliefen sich während der ersten acht Monate des Jahres 1923 auf 191 995 000 Dollar.

## Vermischte Nachrichten.

80 Opfer eines Giftmörders. Der „Petit Parisien“ meldet aus Peking, daß ein Student der Hochschule von Tscheking in Hongkong keine Mitschüler und das Personal der Schule mit Argwohn vergiften wollte. 80 Schüler sind der Vergiftung erlegen. Der Mörder und zwei seiner Komplizen wurden zum Tode verurteilt.

Die größte Stadt der Welt. Nach Ausweis der letzten Volkszählung besitzt London 7 1/2 Millionen Einwohner. Die Straßen haben insgesamt eine Länge von 3540 Kilometer und das Straßennetz mißt 563 Kilometer. In London verkehren 3300 Autoomnibusse und über 7000 Autodroschken. Man verzeihete im Jahre 1922 27 000 Strafenunfälle, darunter 700 mit tödlichem Ausgang. London zählt 30 Museen, über 20 Gemädegalerien, 42 Theater und Singpielhallen, 430 Kinos, einen zoologischen Garten, 3 botanische Gärten, zahlreiche Konzertsäle und 16 öffentliche Musikpavillons, die während des Sommers allabendlich in den öffentlichen Parks konzertieren. Parks und öffentliche Schmuckplätze bedecken eine Oberfläche von insgesamt 17 Quadratkilometern. Die Metropole besitzt ferner 77 Tennisplätze und 77 Plätze für andere Sportspiele. London ist nicht nur die größte Stadt der Welt, es hat auch den größten Hafen. Seine Docks dehnen sich über eine Fläche von 355 Hektar Land und die Ladestrahnen erstrecken sich über eine Länge von 49 Kilometer. Im Jahre 1922 kamen in London 18 614 Dampfer an und 18 450 liefen aus. Das telephonische Netz der Stadt hat eine Länge von 237 303 Kilometern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: B. Hermann. Bauer, für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Das Geld ist

zu schade, um es nutzlos auszugeben. Darum färben alle praktischen Hausfrauen ihre Kleider, Blusen, Gardinen usw. nur mit den weltberühmten echten **Seitmann's Farben**, Marke **Fuchskopf im Stern**.

Seitmann's Farbe spart den Körper.

## Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.  
Von Leon Frapje.

7. Fortsetzung.

„Tun Sie das niemals, Sie Unglücksfind.“ flüsterte eine Kameradin. Raum war Herr Benoit fort, als man das Beispiel mehrerer Dienstmädchen zitierte, die mit ihm ebenso, in blohem Kopf, die Tür offen lassen, ihre Stiefeln in Unordnung hinuntergegangen waren, — um einen Spaziergang von einer Viertelstunde zu machen, — und nie mehr hatte man sie wiedergesehen! Schlimmer noch: niemals mehr hatte man etwas von ihnen gehört! Sogar die Polizei, welche die Dienstherrn in Bewegung setzte, hatte keine Spur von ihnen gefunden.

Infolge so eines befremdenden Verschwindens unterbrach Herr Benoit eine Zeitlang die Besuche. Bei seinem Wiederauftreten auf der Szene erzählte man ihm den Vorfall, er wußte nichts, erinnerte sich an nichts.

Schließlich fand mit beharrlicher Unerschrockenheit niemals Nachforschung betreffs des Herrn Benoit, trotz der ausdrücklichen Denunzierungen der Bewohner der sechsten Etage, statt.

Und man sprach es ganz leise aus, ganz leise, daß Herr Benoit und die Polizei nicht ohne Beziehungen wären.

Gewisse Annäherungen ließen keinen Zweifel zu. So hatte ein Dienstmädchen einen sehr wohl verhaltenen Diebstahl begangen, er war unmöglich zu beweisen. Herr Benoit lächelte nicht, sich zum besten Freund des allein verdächtigen Mädchens aufzuwerfen, und anstatt kleine Geschenke, seiner Gewohnheit gemäß, zu beanspruchen, — zeigte er im Gegenteil einige Freigebigkeit. Eines schönen Tages waren die Beweise da: das verdächtige Dienstmädchen wurde beschuldigt, festgenommen und verurteilt.

Wenn nun Herr Benoit inmitten der Bewohner der Sechsten die Melodie des Modcouplets genügend abgeliebt hatte — worum man ihn wie hypnotisiert hat, im Orange, seine eigenen Mafel zu sehen und sich selbst zu denunzieren, das waren Geschichten von Diebstählen.

Das Meeting wurde auf dem Gange abgehalten, der drei Meter breit und genügend lang war, um eine Reihenfolge von dreißig Türen aufzuweisen.

Herr Benoit hatte immer wieder neues zu erzählen und schilberte unter einem für die Dienstmädchen eigenartigen Gesichtspunkt den Diebstahl, dieses trostlose und unaufhörliche Verurteilungs-drama.

Trotz ihrer Antipathie gegen seine Person hörte selbst Sulette, die keine Diebin war, — sich bis dahin mit dem Kaufen von Waren begnügt hatte, — ihm mit Würde zu.

„Ach! Man hätte geschworen, Herr Benoit sei der Freund, Beistand, Verteidiger der Dienstmädchen, — wenn er nicht das Denunziantentum aus allen Poren geschwitzt hätte!“

Man mußte ihn keine Geschichten mit der rührendsten Logik erläutern hören.

„Woher kommt die Ehrbarkeit der ehrlichen Leute? Entweder aus dem Mangel an Versuchung oder dem Fehlen der Not. Nehmen Sie diese Schutzmittel weg, alle würden, sofort kann man sagen, der Versuchung erliegen. Die Redlichkeit ist eine Frage des Anteils am Glück. Also ist der Diebstahl ein Zwangsvergehen der Dienstmädchen. — ist das Verhängnis der jungen Geschöpfe, die inmitten der Versuchung, ununterbrochen, von Morgen bis Abend, leben. Ueberlegen Sie: das Dienstmädchen ist eine Bettlerin, eine des Besten Beraubte“, und ihre einzige Tätigkeit besteht in der Handhabung des Besten anderer. . . . Und der Diebstahl ist nicht nur vom Standpunkt des Eigentumssehens unvermeidlich, — er ist auch unvermeidlich vom Standpunkt einer gewissen Krankhaftigkeit, vom Standpunkt seelischer und körperlicher Not, man stiehlt aus Kummer, aus Schmerz über das Alleinsein, stiehlt aus Bedürfnis nach Liebe, aus Anreiz der Sinne. Alle sagen es: Man nimmt oft unnütze Dinge, ohne zu wissen, warum, wobei man nicht einmal sicher ist, ein Verlangen danach zu haben.“

Die Hörerinnen wußten nur zu gut, daß Herr Benoit seine Argumente als tüchtige Coedmittel vorbrachte, um irgend eine verätherliche Neugierung festzustellen, — sie konnten sich nicht enthalten, ihm bezupflachten, einige Broden von Geständnissen verlauten zu lassen.

Die Wahrheit tönte aus seinen Worten, trotz des falschen Blickes, trotz des verätherischen, trotz seines plötzlichen lauernden Sichvorbeugens, das den Eindruck erweckte, als wollte er plötzlich jemanden an der Kehle packen.

Und man meinte, wenn er das Ungerechte der Unterdrückung anklagte, Ungerechtigkeit a priori, Ungerechtigkeit von Grund aus, da das Vergehen als eine Tat aus zwingenden Gründen sich darstellte, da ja die Delinquentinnen durchgehends im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit sich befanden.

Über welche Ungerechtigkeit in der Tat! Was für unerhörte Beispiele! Wieviel von einem geringen Diebstahls willen vernichtete Dienstmädchen! Wieviel mit dem Tod bestrafte geringfügige Diebstähle!

Denn schon die Entlassung — die einfache Entlassung eines Mädchens wegen einer Angehörigkeit, — ohne Zeugnis oder mit einem zweifelhaften, ist der Verlust des Verdienstes, die wahrscheinliche Vernichtung, — aber nun gar die unauslöschliche Verurteilung durch die Strafkammer, das ist das Ende jeder Hoffnung, ist der sichere Untergang.

Herr Benoit kannte noch schrecklichere Vorkommnisse: Arrümer, fälschliche Anklagen, von denen sich die unglücklichen Mädchen nicht frei machen konnten. Denn es besteht immer gegen das Dienstmädchen Verdacht, es ist unwissend, ungeklärt, wehrlos.

Man hatte Jurati. Herr Benoit ließ sie von der Justiz hingemordete Zwanzigjährige schauen, deren Mund konvulsivisch aufgerissen war, und die ihre Unschuld nicht hatten hinausbringen können, — aus den Fenstern der letzten Etage Hinabgesprungene, deren zerschmettertes Antlitz noch das Entsetzen darüber bewahrte, ohne eine Hilfe das ungerechte Zetergeschrei aller Welt gehört zu haben.

Man zitterte, — das war der Augenblick, den Herr Benoit wählte, um seine Ware anzubieten: „Der Erfolg des Tages, Liebesstrahlung, Text und Musik zehn Sous.“ Alle gaben ihre Silbermünzen hin, wie um die Versuchung eines gefährlichen Zeuges zu erkaufen, und aller Mund umspielte ein entsetzliches Lächeln, welches ihre Zähne bloßlegte, wie die Zähne von Erbrochenen.

Die sechste Etage erhielt auch den Besuch früherer Dienstmädchen, welche Prostituierte geworden waren und ihre einstigen Freundinnen nicht vergessen hatten.

Und das war eine Kategorie von Geschöpfen, welche selbst nach Jahren des Dürrenstums und unter den pompösesten „Verkleidungen“ das Aussehen von Geschirraufwächterinnen behielten. Eine von ihnen, namens Julie Tacot, pflegte gegen Mitternacht in Sulettes Haus zu kommen, um Essen zu erbetteln, wie sie sich ausdrückte.

Unerkklärlicherweise bot ihr Gesicht einen Anblick, als sei sie gebohrt worden: es war breit, von normannischem Typus; der sommerprollige, weder blasse noch gesunde Teint glitzerte über der Farbe gebräunten Fleisches, das gelbe Haar ließ das Gesicht noch fleischer erscheinen, und die starren, blauen übergroßen Augen schienen sich zu bemühen, ihm alles Leben zu entziehen.

Julie Tacot brach oben auf der letzten Stufe zusammen und verfiel, ohne ein Wort zu reden, gierig, was man ihr gab.

Manchmal schlummerte sie unterm Kauen ein, und es passierte ihr, daß sie eine ganze Etage hinunterrollte.

Doch sie zu rühren, behielt sie bisweilen, das Essen vor sich im Schoß ihres Kleides, den ersten Bissen Brot im Munde, ohne ihn hinunterzuschlingen zu können: sie hatte keinen Speichel, ihre Kinnbänder bewegten sich nur mit Anstrengung in langen Zwischenräumen. Dann rollten diese Tränen über ihre Backen und verloren sich im Mundwinkel, und sie konnte sich gierig füttern.

Sulette gelang es schließlich, dank ihren sprechenden Zügen und aufrichtiger, ein wenig rauher Gutherzigkeit, ihr Vertrauen einzufößen, — dank auch einer gewissen inneren Verwandtschaft, einer Sympathie zwischen ihr, der Unterdrückten, und diesem gemessenen Mädchen. Und endlich muß man sagen, daß allein Sulette unter den Bewohnerinnen der Sechsten diesen höheren Instinkt hatte, dem Geschöpf zu helfen, ohne es zum Sprechen zu veranlassen, ohne sehen zu bleiben und zuzuschauen, wie es seinen schmerzhaften Heißhunger stillte.

(Fortsetzung folgt.)



### Brennstoffpreise.

Mit Rücksicht darauf, daß sich die Brennstoffpreise täglich ändern, wird von deren Veröffentlichung künftig abgesehen. Die Preise, die 6. Landesverordnungsamt täglich eingereicht werden, sind an den Verkaufsstellen auszuhängen. Die Höchstpreisfestsetzung vom 27. September 1923 wird aufrechterhalten. (7311) Lübeck, 6. Oktob. 1923. Das Landesversorgungsamt.

### Nichtfamlicher Teil

Sauberes ehrliches jung. Morgenmädchen (7275) Paulsen, Breite Str. 41, 11

Gelucht eine Frau zum Badenreinigen. (7291) Hüxstr. 77.

Junge Schneiderin sucht Beschäftigung in und außer dem Hause. Ing. unt. 6 333 an die Exp. d. Bl. (7298)

Möbliertes Zimmer an ordentliches Mädchen zu vermieten. (7297) Möllinger Allee 15, Nr.

Jg. Kaufmann, Witmer ohne Anhang, sucht zwecks teilweiser Auflösung seines Haushaltes 2 leere Zimmer, am liebsten Mitte Stadt, wo gleichzeitig Vermieter Reinhaltung der Zimmer übernimmt. Vollständige kleine 3-Zimmerwohnung mit Fremdenzimmer kommt dadurch Wohnnasse. Gute Ang. u. 6 335 an die Exp. d. Bl. (7271)

2-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht auf Marii gegen gleiche in der Stadt oder Burator. Ang. unt. 6 338 an die Exp. d. Bl. (7276)

Zu verkaufen: 1 neuer Miniamantel, 1 Mädchen-Winterkleid, 1 Damen-Wintermantel, 1 Herrenkleid, Gr. 38, 2 Damen-Winterblusen, 1 Herrenrad. (7269) Nordstr. 19, 1.

Schnecken zu verk. (7258) Krähenstr. 26, 1.

2 Zement-Buttertröge zu verkaufen. (7257) Schönfelder Str. 18.

Gut erh. Bett, Kommode, Betten u. versch. Sonntag 9-12 Uhr. (7256) Düntz. St. Petri 8, 5

Guter, Runderwagen u. 21. Gaskocher bill. zu verk. (7310) Blaufstr. 13.

2 Saubere Zettel zu verkaufen. (7304) Friedr. Kobrah, Schwartau, Kaltenhofer Str. 32.

2 Saubere Zettel zu verkaufen. (7314) J. Klöver, Schwartauer Allee 125.

Diesjähr. Räder und Handpumpen gegen Blasenwagen, Fahrrad od. Korn z. vertausch. Hamburgerstraße 68. (7290)

Schöne Kette gegen Feuerung zu tausch. od. zu verkaufen. (7306) Krähenstr. 7.

Herrenrad, fast neu, ohne Bereifung, gegen Kartoffeln zu tauschen. (7273) Belcherstr. 2.

Ein Zettel z. kauf. gel. (7315) G. 341 a. d. Exp. (7315)

Gut erhaltenes Segelboot für Kogeburger See gesucht. (7272) Ang. u. 6 339 a. d. Exp.

Habe Kartentechnik abzugeben gegenwärtig. Ang. unt. 6 267 an die Exp. d. Bl. (7321)

Mantel, Stoffe, Kleiderwerk, angefertigt. (7296) Ang. u. 6 340 a. d. Exp.

Bl. graue Käse angel. (7305) Blaufstr. 20 a. r.

Verz. Sonntagsdienst. (7270) Dr. Eschburg, Hüxstr. 33. Dr. Jöhl, Königsstr. 10. Dr. Fr. Christern, Karpenstr. 4.

NG Notgemeinschaft für Bestattungen B. L. e. V. P. V. Lübeck.

Nach dem gemeinschaftlichen Beschluß von Vorstand und Kontrollausschuß am 5. Oktober betragen die Beiträge für die Zahltag 13. und 20. Oktober in den drei Beitragsklassen 12, 18 und 20 Millionen Mark. Im Sterbefall kann der Vorstand Unterstützung in Höhe von 4 Milliarden Mark annehmen und bei Sterbefällen von Kinder in den einzelnen Zinsen 400 000, 800, 1200, 1600 und 2000 Millionen Mark. Die Mitglieder wollen die Beiträge an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einrichten, damit die Rechte erhalten bleiben. Neuaufnahmen Dundeitr. 49 51. (7308)

Maulwurfsfelle auch unabgezogen, frisch, sowie alle anderen Sorten Felle (7296) faßt zu den besten Tagespreisen J. L. Würzburg Wahnstr. 22a

Metallbetten. (7255) Stahlmatr., Kinderbett, dir. a. Brito, Kat. 130 frei, Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Th.

Schroten ohne Mißverluft. (7277) Katharinenstr. 25.

Haarschmuck-Reparatur, schnell, sauber und billig. (7254) Otto Junge, Reifer, 225/267 St. Johannis 5

Anzeigen, die in der an dem herr. Tage erscheinenden Nummer des "Süderer Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgegeben sein; spätere Anzeigen werden nicht berücksichtigt. Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten. (7290) Johannistr. 46.

Steppdecken Anfertigung u. Reparatur. Spethmann Breite Str. 31. Fernsp. 8659 (7262)

J. K. Pein Lübeck Markt 10/12 Kreuze Straße 64/66. Das bekannte Kaufhaus für (7159) Arbeiter-Kardentisch, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Damen-Konfektion, Frick, 63. Marktstr. 65.

### Allgemeine Ortsrententafel Lübeck.

Mit Wirkung vom 8. Oktober 1923 treten folgende neue Lohnstufen und Beiträge in Kraft:

Lohnstufe	Arbeitsentgelt für die Woche b. einchl.	Grundlohn	Wochenbeitrag	Krankengeld bei		Sterbegeld bei	
				Regel- Mehrleistungen	in Tausenden	Regel- Mehrleistungen	in Millionen
I	49 000	8 000	2 100	1 500	1 800	60	90
II	147 000	14 000	9 900	7 000	8 400	280	420
III	294 000	28 000	19 800	14 000	16 800	560	840
IV	490 000	56 000	39 600	28 000	33 600	1 120	1 680
V	686 000	84 000	58 800	42 000	50 400	1 680	2 520
VI	882 000	112 000	78 300	56 000	67 200	2 240	3 360
VII	1 078 000	140 000	98 100	70 000	84 000	2 800	4 200
VIII	1 274 000	168 000	117 600	84 000	100 800	3 360	5 040
IX	1 470 000	196 000	137 100	98 000	117 600	3 920	5 880
X	1 666 000	224 000	156 600	112 000	134 400	4 480	6 720
XI	1 862 000	252 000	176 100	126 000	151 200	5 040	7 560
XII	1 862 000	280 000	195 900	140 000	168 000	5 600	8 400

Der Anspruch auf die Leistungen nach diesen Grundtönen entfällt erst vom 29. Oktober 1923 an. (7309) Lübeck, den 4. Oktober 1923.

Joh. Körner, Vorsitzender. A. Stendel, Schriftführer.

### Ausschneiden!

Paul Fiedler, Psychologe und Naturheilkundiger Lübeck, Braunstr. 22. Telefon 3451. Sprechstunden: Montags, Dienstags, Freitags u. Sonnabends. Behandlung aller Krankheiten. Sprechstunde für Unbemittelte von 8-10 u. 3-4 Uhr. Hiermit bescheinige ich Herrn Direktor Fiedler gern, daß mein Sohn August Horn, 10 Jahre alt, nach nur 16maliger Behandlung von seinem hartnäckigen Leiden (W e i t t ä s s e n) befreit ist. Er litt seit der Geburt daran. (7294) Frau Horn, Truermoor 30.

Landrententafel für den Landestheil Lübeck. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 hat der Vorstand den Höchstgrundlohn auf 195 000 000.- Mark herabgesetzt. Für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 7. Oktober 1923 betragen die Tagesbeiträge für Dienstmädchen in der Stadt und in der Landwirtschaft 3 900 000.- Mark, für Arbeiterinnen 3 900 000.- Mark, für Molkfrauen 2 100 000.- Mark, für Knechte über 18 Jahre und für Wochenlöhner 6 900 000.- Mark, für Deputatarbeiter 10 500 000.- Mark, für Freiarbeiter, Schweizer, Haushalter und Meiereiverwalter 13 500 000.- Mark. (7296) Gutin, den 4. Oktober 1923. Der Vorstand.

Nationshaus K. Bruhn Versteigerung eines kompl. Hausstandes. Montag, den 8. Oktober, morgens 10 Uhr, werden wir Segebergstraße 5 wegen Auswanderung nachfolgende Hausstandsgegenstände öffentlich meistbietend versteigern, als: 1 Wohnzimmer-Einrichtung bestehend aus Sofa, 4 Stühle, Tisch, Verrin, 2 Kommoden, Spiegel und Regulator. 1 Schlafzimmer-Einrichtung, 1 Küchen-Einrichtung. Ferner: 1 fast neues Herrenfahrrad mit Bereifung und Freilauf. 1 Handwagen, Feuerung sowie Porzellan- und Glaswaren. Versteigerung 2 Stunden vorher. R. Bruhn und A. Bruhn öffentlich angeordnete und beid. Versteigerer und Sachverständige. (7300) Kontor: Hüxstr. 36. Tel. 977.

Auktion im heiligen-Geist-Hospital am Montag, dem 8. d. M., morgens 9 Uhr, über die Nachlassgegenstände d. verst. Hospitalisten gegen dar. (7278) Es sind: 12 Kommoden, 1 gutes Mah.-Sofa, Stühle, Korbstühle, Tisch, Spiegel, Bilder, Garderobe, Tisch, Haus- u. Küchengeräte, Partie Bettzeug. Die beid. Auktionatoren für bewegl. Sachen H. E. Koch u. Hans Koch. Mittwoch, 10., findet die Möbel-Auktion in unserer Auktionshäusern, Mariesgrube 9 u. 11, statt.

Nach mehrjähriger allgemeiner und insbes. fachärztlicher Ausbildung an Hautkliniken in Freiburg i. Br., Göttingen, Magdeburg, Hamburg habe ich mich Musterbahn 5 als Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten niedergelassen. Dr. med. Walter Heick. (7279) Sprechzeit 11-1, 3-5.

Brillanten Gehäuse - Gold - Silber Perlen, Münzen, Platasachen kauft ständig (7267) Frick, 63. Marktstr. 65. fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Restaurant zum Großherzog von Mecklenburg Lübeck Gr. Burgstraße 11 gegenüber dem Gerichtsgebäude Fernsprecher 2434 gegenüber dem Gerichtsgebäude Bürgerlicher Mittagstisch von 12-3 Uhr. ff. Biere Kasse und warme Speisen zu jeder Tageszeit. (7282) Heinrich Meyer.

Konditorei STARKE Königstraße 25. Täglich: Künstler-Konzert. Leitung: Kapellmeister Sick. Kaffeehaus Telefon 8860. Von 10 Uhr ab: Frisches Gebäck. Diverse Eisspeisen. (7267)

Ballspiel-Verein „Vorwärts“ (Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.) Groß. Herbstvergnügen Sonntag, 7. Oktober 1923 im Kolosseum. (7272) Anfang 6 Uhr. Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Der Festausschuß.

Fledermaus Beginn der Winterpielzeit 1. Oktober 1923. Ly Chatell Verwandlungs-Tänzerin 3 Brack's Exzentrik-Akrobaten, Godwana Mimische Tanz-Szenen Charly Wittong? 2 Figinis Elegante Phlegmatiker, 4 Lazulis Komisch-seriöser Drahtseil-Akt. (7280) 8 Uhr.

Weißer Engel. Jeden Sonntag: (7268) Tanzkränzchen.

Moislinger Baum Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr Vornehmes Tanzkränzchen verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen. (7316) unt. Mitwirkung von Adolf Friedrich, Lieberjäger, Frau Matzinger vom Hansatheater, sowie des Hamburger Langhörnisten Max Giesenberg, Mod. Tänze, Künstlerkapelle. Leitung: Herr Karl Stuhl, Prima Kaffee und Kuchen. Spezialität: Porter vom Fass. Für Familien freier Eintritt. Rudolf Jäde.

Kolosseum Herbstvergnügen des Spaklubs „Kleiß, Vienen“ Sonnabend, 6. Oktober. (7249) Kassenöffn. 6 1/2 Uhr.

Ehlers & Reetwisch Holstenstr. 1. St. Petri 2-4. Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren. Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. (7285) 1025a

Deutscher Verkehrsband Ortsverwaltung Lübeck. 7801 Versammlung der Kohlenplatarbeiter am Montag, 8. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission Die Ortsverwaltung.

Friedr.-Franz-Halle. Jeden Sonntag Tanz. Wegen der Arbeitslosigkeit freier Eintritt und freier Tanz. (7261)

Café Bernhardt Fackenburg Allee 9. Täglich nachm. (7264) u. abds.: Konzert.

Fledermaus (7268) 8 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Sonntag, den 7. Oktober abends 7 1/2 Uhr Unterhaltungsabend Dienstag, den 9. Oktober abends 7 1/2 Uhr Leseabend. Beides im Gewerkschaftshaus. (7298) Der Vorstand.

Vor und nach den Theater-Vorstellungen Treffpunkt neben Hansa-Theater Café - Konditorei ff. Küche gepflegte Biere dezente Musik. Den Herren Landwirten empfehle besonders meine modernen großen Stallungen zum Ausspann. (7318) Autogelaf. Die neue Bundesfegelhahn nur noch Sonntag frei. (7289) S. 884. Hans Justin.

Hansa-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr abends Dir durchschlagende Erfolg Der Zücht von Pappenheim. Operette in 3 Akten von Hugo Firsich. (7289) Jar u. Zimmermann.

Stadththeater Lübeck. Sonntag, 7.30 Uhr: Così fan tutte. Montag, 7.30 Uhr: Volksbühne. (7289) Jar u. Zimmermann.



## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 6. Oktober.

### Schlachtgefang der Reaktion.

„Die Republik, sie wackelt schon,  
Sie wackelt aller Orten!  
So magelt laut im Zuhelton  
Herrn Helfferichs Kohorten.  
„Die Kahrzeit weißt aufs Osterfest,  
Da aufersteht der Kni, (Wagners Geent)  
Den Juden gibt indes den Rest  
Der Adolf Mussolini.“

Der Helfferich für Stresemann  
Ergreift des Reiches Ruder.  
Mit dem Proleten treiben dann  
Wir wieder feste Suder.  
Zwölf Stunden täglich oder mehr  
Muß ohne Müds er schuffen,  
Und wer dabei nicht mitmacht, der  
Lut gut, sich zu verduften.

Denn jetzt schon lesen schwarz auf weiß  
Wir in den Mündler Neuesten:  
Wer sich, lei's Jüngling oder Greis,  
Zu streifen will edelstein,  
Den packt logisch mit grober Hand  
Die Staatsmacht beim Schlafittchen,  
Und stellt man ihn nicht an die Wand,  
So sperrt man ihn ins Kitzchen.

Die Republik, sie wackelt schon,  
Sald liegt sie auf dem Rücken!  
Hurra! Die deutsche Reaktion  
Ist siegreich auf dem Marsche.  
Hoch Hitler, Helfferich und Kahr,  
Die stolze deutsche Dreifheit,  
Und nieder, nieder immerdar  
Achtstundentag und Freiheit!“

Peter Michel.

### Herausforderung!

Die Betriebseinschränkungen mehren sich von Tag zu Tag. Wir haben bereits Berichte, wo nur noch 10 Prozent der Beschäftigten vollarbeitend sind. Die Ursache dieser ungeheuerlichen Wirtschaftskrise ist eine doppelte: einmal ist es die Ausschüttung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger, die auf die Produktion lähmend wirkt, andererseits ist es der Versuch der Unternehmer, sich von der Lohnsteuer zu drücken. Wir wollen hier auf andere Nebenursachen nicht weiter eingehen. Jedenfalls besteht die unbestrittene und unbestreitbare Tatsache, daß wir heute in Deutschland, nach der Kopfzahl der Arbeiterschaft durchschnittlich gerechnet, etwa einen fünfstündigen Arbeitstag haben. Dabei stellen wir nach gar nicht den Leerlauf in der Produktion in Rechnung, der bei einer Betriebseinschränkung unvermeidlich ist.

Daß wir bei einem derartig verkürzten Arbeitstag mit einer so herabgedrückten Produktivität der Betriebe dem wirtschaftlichen Ruin entgegengehen, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Es muß auf jede Weise versucht werden, die Produktion zu steigern. Ueber die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Produktionssteigerung haben die gewerkschaftlichen Organisationen wiederholt Vorschläge gemacht. Im gegenwärtigen Augenblick muß vornehmlich alles versucht werden, um Betriebsstilllegungen und Betriebseinschränkungen zu verhindern. In diesem Sinne, aber nur in diesem Sinne, sind wir gleichfalls für eine Steigerung der Arbeitszeit.

Etwas ganz anderes aber ist es, wenn heute, mitten in einer ungeheuren Wirtschaftskrise, die zusammenfällt mit der schwersten innen- und außenpolitischen Krise, die das Deutsche Reich je durchgemacht gehabt hat, von einer Partei, die man mit Recht als die Partei der Schwerindustrie ansehen kann, in ziemlich unverblümter Form die Forderung auf Beseitigung des Achtstundentages erhoben wird. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute von den Unternehmern nicht etwa aus Arbeitsmangel, sondern zum Zweck der Steuerabgabe zur Arbeitslosigkeit verurteilt wird, muß die Forderung der Schwerindustriellen auf Beseitigung des Achtstundentages wie eine unerträgliche Herausforderung wirken. Wenn es sich zunächst auch nur um ein politisches Mandat handelt, das offenbar dazu bestimmt ist, den Einfluß der Vereinigten Sozialdemokratie in der Regierung zu brechen, so muß diese Abzicht die aufreizende Wirkung dieser Herausforderung noch verstärken. Möge die Industrie zunächst einmal dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit acht Stunden Beschäftigung findet. Wenn sie und so lange sie dazu nicht imstande ist, wird sie am besten tun, sich in den Fragen der Produktion etwas mehr Bescheidenheit anzugewöhnen.

### Volksparteiliche Charakterisierung der Deutschnationalen.

Zu einem Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei schreibt die Nationalliberale Korrespondenz, der Pressedienst der deutschen Volkspartei, unter anderem: Wenn der Zweck des Aufrufes sein soll, das deutsche Volk von schädlichen Selbsttäuschungen zu befreien, so kann nur festgestellt werden, daß die Deutschnationalen Volkspartei dabei ist, das deutsche Volk in die gefährlichste Illusion hineinzuführen, die es überhaupt gibt, nämlich in die, daß der Bürgerkrieg das geeignete Mittel zur Rettung Deutschlands sei. Das wäre die letzte Selbsttäuschung und das Ende. Wir fragen: Wer hat an die verständigungslosen Wirtschaftskrise in Frankreich geglaubt? Der deutschnationalen Reichsparteitag in Görlich, auf dem Herr g. bereits im Oktober 1922 erklärt hat, daß der Tag gekommen sei, wo wir uns, unbefähigt unserer Einwirkung zu England und Amerika, mit Frankreich über einen gemeinsamen großzügigen Plan einigen können. Wer hat dann alle seine Hoffnungen auf England gesetzt und ist betrogen worden? Die Deutschnationalen Volkspartei und das Kabinett Cuno. Wer hat es infolge dessen unterlassen, den Ruhrkampf so weitgehend zu organisieren und so vorsichtig zu finanzieren, daß er jetzt nicht unruhig abgebrochen zu werden brauchte? Das Kabinett Cuno, nicht das Kabinett Stresemann. Wer fügt jetzt zu diesen alten, abgetanen Illusionen neue vom Retter Bürgerkrieg? Wer jetzt damit die Einheit des Reiches aufs Spiel, wo uns nur höchste Einnütigkeit retten kann? Und wer nimmt damit die Schuld für den etwaigen Verfall des Reiches auf sich? Die Deutschnationalen Volkspartei.

Dann der schwerste Vorwurf gegen das Kabinett Stresemann war die große Koalition, sie habe dem Feinde mehr getraut als dem deutschen Volke. Selten ist eine größere Unwahrscheinlichkeit ausgesprochen worden. Die Regierung Stresemann, die dem deutschen Volke den ganzen Winter unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage rüchtilos enthüllte, die mannhaft zum Abbruch des hoffnungslos gewordenen passiven Widerstandes aufforderte,

der Kanzler selbst, der auch bei dieser Gelegenheit vor jassen innen- und außenpolitischen Hoffnungen warnte, sie haben damit wahrlich das größte Vertrauen zur Einsicht und zur eigenen Kraft des deutschen Volkes betundet. Sie haben ohne Rücksicht auf populäre Strömungen den Mut der Verantwortung gezeigt, und das wiegt alle deutschnationalen Heldenphrasen auf. Trotz dieses Seelenstiegers leistete die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen Helfersdienste.

### Der Wahnsinn rast.

Die Krisenmacher im reaktionären Lager haben dem deutschen Volke eine böse Suppe eingebracht. Ihre Bürgerarbeit bringt alles zur Verzweiflung. Sie sind die Hauptschuldigen, daß der Dollar der Milliardenwertung jagt, die Papierseime mit unheimlich arthartigen Ziffernaufdruck gleich Null sind. Die in den Wäden geforderten Preise überstürzen sich und machen abends unbezahlbar, was am Morgen unter Aufbietung der letzten Kraft noch erschwänglich gewesen wäre. Unseres Wissens ist der Verkäufer an den morgens festgelegten Preis den ganzen Tag über gebunden. Aber daran scheint man sich in dem tollen Trubel nicht überall zu kehren. Auch an den Preisausgang nicht. Einen Anhalt für allgemein übliche Preise hat man kaum mehr. Nur das eine steht fest: Einen Vergleich mit Friedenswert und Dollarkurs halten die Preise nicht aus! Die Uebersteuerung beträgt oft das Doppelte und mehr.

Auf dem Lebensmittelmärkte sieht es ebenso grauenhaft aus wie bei Kleibern, Wäsche und Schuhen. Brot kostet 57 Millionen, Margarine 80, Schmalz 120, Kofosfett 90, Speck 115 bis 130, Kartoffeln sind kaum zu haben und kosteten gestern bis zu 2 Millionen per Pfund. Für Äpfel wurden 40 Millionen gefordert. Ein Ei kostet wohl 10—15 Millionen, wenigstens wurde gestern in Berlin soviel gefordert. In der ganzen Berechnung liegt kein Sinn und Verstand mehr; der ist mit dem Dollar wir geworden. Um das Zweif- und Dreifache schritt die Uebersteuerung vor. Und die Löhne? Ein Ausgleich ist so gut wie ausgeschlossen. Arbeitsentlassungen und Kurzarbeit reißt gewaltig um sich. Und diese allgemeine Not will die Reaktion ausnützen zur Uebernahme diktatorischer Gewalt. Hände weg! Trage jeder dazu bei, die schwerste Zeit erträglich zu machen; möge jeder Handeltreibende seine Forderung und gedanke der Not seiner Mitmenschen!

### Erhöhte Post- und Eisenbahntarife.

Ein Fernbrief fünf Millionen Mark. — Neuer Posttarif ab 10. Oktober.

Raum hat sich die Bevölkerung an die seit dem 1. Oktober geltenden hohen Posttarife etwas gewöhnt, da kommt die Reichspost schon wieder mit einem abermals wesentlich heraufgehobenen Tarif. Die wichtigsten Gebühren, die ab 10. Oktober im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

(Die Beträge gelten immer in tausend Mark)  
Für Postkarten im Ortsverkehr 1000, im Fernverkehr 2000.  
Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2000, über 20 bis 100 Gramm 3000, über 100 bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000, Fernverkehr bis 20 Gramm 5000, 7000, 8000 und 9000.

Für Druckfachen bis 25 Gramm 1000, über 25 bis 50 Gramm 2000, über 50 bis 100 Gramm 3000 ufm.  
Für Pakete 1. Zone (bis 75 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 12 000, über 3 bis 5 Kilogramm 18 000, über 5 bis 6 Kilogramm 21 000.

Für Postanweisungen: bis zu 50 Millionen Mark 1000, über 50 bis 100 Millionen Mark 2000, über 100 bis 500 Millionen Mark 5000, über 500 bis 1000 Millionen Mark 7000; über 1000 bis 2000 Millionen Mark 10 000 ufm.

Die Auslandsgebühren betragen vom 10. Oktober an: für Postkarten 9000, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 7000; für Briefe bis 20 Gr. 15 000, jede weiteren 20 Gr. (Nettogewicht 2 Kgr.) 7500, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 12 000, jede weiteren 20 Gr. 7500 Mark.

Ab 10. Oktober werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife verdupelt. Sie werden im Personenverkehr 60 und im Güterverkehr 72 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die außerordentliche Geldentwertung der letzten Tage noch unberücksichtigt.

### Erhöhte Erwerbslosenunterstützung.

Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung sind vom Reichsarbeitsminister ab 3. Oktober für Ortsklasse A wie folgt erhöht worden: 1. für männliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 60 Millionen Mark, b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 48 Millionen Mark, c) unter 21 Jahren 36 Millionen Mark; 2. für weibliche Personen, entsprechend den obigen Gruppen, 48 Millionen Mark, 40 Millionen Mark, 28 Millionen Mark; 3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 22 Millionen Mark, b) die Kinder und sonstige Unterstützungsberechtigten Angehörige 18 Millionen Mark.

Die Versammlung der Bürgererschaft am Montag hat folgende Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Änderung der Lübecker Landesverfassung. 2. Erlass eines Nachtrages zum Bürgererschaftswahlgesetz. 3. Einführung einer Fahrzeugssteuer. 4. Aufnahme von Anleihen. 5. Erlass eines neuen Vergütungssteuergesetzes. 6. Staatlicher Betrieb der Volkstüche. 7. Erlass von Nachträgen zum Lübecker Gerichtsverfassungsgesetz und zur Gebührenordnung für Notare sowie eines Gesetzes über die Anpassung der Gebühren nach dem Lübecker Gerichtsverfassungsgesetz u. w. d. a. an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Billige Bedienungspreise für Arbeitslose bei den Friseurinnen Lübecks. Laut Aushang von Plakaten im Wohlfahrtsamt weisen wir darauf hin, daß die Arbeitslosen gegen Vorzeigen der Arbeitslosenkarte am Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag für Rasieren und Haarschneiden, ebenfalls auch am Freitag und Sonnabend bis mittags 12 Uhr nur für Rasieren für die Hälfte des Tagespreises bedient werden. Die Friseurin Lübecks geben diese Ermäßigung für Arbeitslose schon seit zirka 6 Monaten.

Krankenpflege im Bezirk Mühlentor. Seit dem 1. September wird das Mühlentor wieder durch eine besondere dafür angestellte Schwester versorgt. Bestellungen auf Hilfeleistungen werden Schumacherstraße 2 entgegengenommen.

Die Deutsche Notgemeinschaft Lübeck hat ihre Sammeltätigkeit wieder aufgenommen, um der inzwischen ins Angeheuer gewachsenen Not nach besten Kräften zu feuern. U. a. sind bei den Beamten- und Staatsangestellten Sammlungen für die Deutsche Notgemeinschaft eingeleitet. In einer Versammlung der Beamten und Angestellten der Baubehörde wurde einstimmig beschlossen, für die Monate Oktober bis Dezember einen Prozentsatz des Ge-

haltes an die Deutsche Notgemeinschaft Lübeck abzuführen. — Die beste Notgemeinschaft ist, wenn sich die Rechtsparteien einmal entschließen Steuern zu zahlen wie es sich gehört!

### Nachtrag zum Bürgererschaftswahlgesetz.

Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft einen zweiten Nachtrag zum Bürgererschaftswahlgesetz und bemerkt erläuternd dazu: Nach dem Antrage des Senats vom 17./22. September 1923, betreffend Änderung der Lübecker Landesverfassung u. w. d. a., muß u. U. auf Grund eines Volksentscheides die Bürgererschaft auch innerhalb der in Artikel 21 der Verfassung vorgesehenen festen dreijährigen Wahlperiode neu gewählt werden. Mit Rücksicht hierauf notwendig ist es, die in dem Bürgererschaftswahlgesetz vom 23. Mai 1920 (in den §§ 2—8) vorgesehenen festen Termine und Fristen durch andere zu ersetzen, die der Möglichkeit einer Neuwahl der Bürgererschaft im Laufe der dreijährigen Wahlperiode Rechnung tragen.

Im Zusammenhang mit solcher Änderung wird zweckmäßig zugleich dem Ersuchen der Bürgererschaft vom 23. Januar 1922 entsprochen, ihr eine Vorlage zur Abänderung des Bürgererschaftswahlgesetzes entgegenzubringen, durch die in gleicher Weise wie im Reichstagswahlgesetz das Wahlgeheimnis gesichert und ein unparteiisches Wahlprüfungsgericht geschaffen wird. Bei der Begründung dieses Ersuchens sind im Einzelnen Wünsche vorgetragen worden, die sich auf die Einrichtung eines leitenden Wahlbureaus am Wahltag, auf die Einrichtung einer Wahlzelle und auf eine bessere Instruktion der Wahlvorsteher richten. Ferner ist eine Bestimmung gefordert worden, daß die Auszählung der Stimmzettel öffentlich zu erfolgen, sowie eine weitere Vorschrift darüber, wer die Gültigkeit der Wahl zu prüfen hat.

Der Senat ist bereit, auch diesen Wünschen zu entsprechen. Er hält es zunächst mit der Bürgererschaft für zweckmäßig, daß die Wahl von einer Stelle aus geleitet und beaufsichtigt und daß für alle Fragen, die mit der Wahl in Verbindung stehen, ein Wahlbureau errichtet wird. Diese Aufgabe wird dem Statistischen Landesamt zu übertragen sein, das seit langem bereits tatsächlich als Zentralfelle für sämtliche Wahlen gewirkt hat. Dem Statistischen Landesamt wird alsdann auch die Bestimmung der Wahlbezirke zu übertragen sein, die es bisher schon für das Polizeiamt vorbereitet hat.

Zur Sicherung des Wahlgeheimnisses empfiehlt es sich, die entsprechende Bestimmung der Reichswahlordnung vom 21. Dezember 1920 (§ 50) aufzunehmen, nach der durch Berechtigung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch den Wahlraum betretbar oder unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von den Vorstandsstellen getrennten Nebenräumen Vorlage dafür zu treffen ist, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Eine entsprechende Vorschrift wird dem § 12 als Absatz 2 einzufügen sein. Eine Bestimmung darüber, daß die Auszählung der Stimmzettel öffentlich erfolgen soll, ist in den § 9 aufzunehmen. Dabei wird zweckmäßig zugleich eine Niederschrift sowohl über die Wahlhandlung als auch über die Ermittlung des Wahlergebnisses vorgeschrieben.

Anlangend endlich die Schaffung einer Stelle zur Prüfung der Gültigkeit der Wahl (entsprechend Art. 31 der Reichsverfassung), so schlägt der Senat vor, diese Aufgabe einem Wahlprüfungsausschusse zu übertragen, der aus 6 Mitgliedern der Bürgererschaft und einem unparteiischen Vorsitzenden besteht. Die Mitglieder der Bürgererschaft werden von dieser selbst im Verhältniswahlverfahren zu wählen und der Vorsitzende alsdann von den 6 Mitgliedern der Bürgererschaft zu erwählen sein. Im Interesse einer unparteiischen Leitung und Handhabung des Wahlprüfungsgeschäftes schlägt der Senat vor, als Vorsitzenden einen Richter zu wählen. Der Ausschuss wird im übrigen mit Stimmeneinheit zu beschließen haben; bei Stimmengleichheit würde das Los entscheiden.

Für den Fall, daß eine Wahl ganz oder zum Teil für ungültig erklärt wird, bedarf es noch der Vorschrift, daß für die Neuwahl dieselben Bestimmungen wie für die erste Wahl zu gelten haben, und daß bei ihr Änderungen an den Wahlvorschlägen und Wählerlisten nicht vorgenommen werden dürfen.

Die vorstehend hervorgehobenen Änderungen sind in dem Entwurf eines zweiten Nachtrages zum Bürgererschaftswahlgesetz zusammengefaßt. Unter 1 sind die §§ 1—9 des Gesetzes, wie sie sich aus der Abänderung der festen Termine und Fristen ergeben, neu gefaßt zusammengestellt. Die neuen Fristen, die darauf Rücksicht nehmen müssen, daß die Neuwahl binnen 45 Tagen statzufinden hat, stimmen mit den in Hamburg und Bremen vorgeschriebenen Fristen überein. Im einzelnen wird das Statistische Landesamt auf die Innehaltung dieser Fristen sowie überhaupt auf die ordnungsmäßige Abwicklung der Wahlvorbereitungen und der Wahl selbst sein Augenmerk zu richten haben. Zu erwähnen ist nur noch die neue Bestimmung des § 2, wonach die Wahl wie in Hamburg vom Senate ausgeschrieben werden soll, der alsdann auch im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Bürgererschaft den Tag der Wahl zu bestimmen haben wird.

### Die Psychopathenfürsorge in Lübeck.

Die Psychopathenfürsorge ist ein Teilgebiet der Jugendwohlfahrt, der Jugendberziehung. In Lübeck hat sich Anfang 1921 beim Jugendamt ein besonderer Ausschuss zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen gebildet, in dem Männer und Frauen aller Volks- und Berufsstände arbeiten. Die Psychopathenfürsorge zerfällt in zwei Hauptteile, einmal in eine vorbereitende, aufklärende Tätigkeit, die der möglichst frühzeitigen Erkennung und Erfassung der psychopathischen Zustände dienen soll, wozu letzten Endes der Erfolg abhängt; zum anderen in die eigentliche praktische Fürsorgearbeit. Zur Aufklärung und für die Schulung und Gewinnung von Mitarbeitern an der Psychopathenfürsorge ist in Lübeck folgendes geschaffen: Vorträge und Besprechungen über Aufgaben der Psychopathenfürsorge im engsten Kreise der Beamten und Hilfskräfte des Jugendfürsorgeamtes, sowohl im pädagogischer wie von psychiatrischer Seite; Vorlesungsreihe für Lehrer und Lehrerinnen über das anormale Kind (an dieser Veranstaltung im Winter 1922 beteiligten sich auch andere Persönlichkeiten, die theoretisch oder praktisch ein Interesse an der Arbeit an psychopathischen Kindern haben, so Ärzte, Schulärzte, Schulschwester, Fürsorgerinnen des Jugendamtes u. a.); ferner ein Kursus im Januar 1923, der in der Hauptsache die Fortbildung der Kinderärztinnen und Fürsorgerinnen in der Hygiene des Kleinkindes und in ihrem Verhalten gegenüber psychopathischen Kindern anstrebte; im April 1923 Sonderkursus für die Lehrer und Lehrerinnen der Hilfsschule. Er diente zugleich als Vorbereitung für die Hilfsschullehrerprüfung, die durch Gesetz vom 23. Dezember 1921 eingeführt ist. Zwecks Einbildens in die eigentliche Erziehungsarbeit werden seit einiger Zeit fortlaufend Beamte und Angestellte des Jugendamtes zu mehrwöchentlich praktischer Betätigung dem Erziehungsheim Watenhof überwiesen.

Am 1. April 1921 ist eine Beratungsstelle für psychopathische (nervöse und schwer erziehbare) Kinder mit regelmäßigen Sprechstunden eingerichtet. Psychiater und Pädagoge (zugleich Leiter



der Fürsorgeabteilung des Jugendamtes) arbeiten hier zusammen und ergänzen sich in ihren Erfahrungen. Hier werden allen Rat- suchenden allgemeine soziale, hygienische, erzieherische, heilpädagogische Ratsschlüsse erteilt und auch eigentliche Fürsorgemaßnahmen angeregt. Insbesondere werden hier im Beginn der Fürsorgeerziehung Jugendliche psychiatrisch untersucht und es wird ein Erziehungsgutachten erteilt, um die richtige Art ihrer Behandlung und Unterbringung möglichst sicherzustellen. Auch die Unter- suchung straffällig gewordener Jugendlicher wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft hier durchgeführt. Diese Beratungsstelle er- freut sich einer sehr regen Inanspruchnahme. Im 1. Tätigkeits- jahr wurden 65 Kinder und Jugendliche der Beratungsstelle über- wiesen, und zwar durch das Jugendamt, durch die Schule, durch die Eltern, durch Vormundschaftsgericht und Staatsanwaltschaft, durch private Ärzte. Die getroffenen Maßnahmen verteilten sich folgendermaßen: in acht Fällen fand Beratung Anregung zur Beschäftigung, zum Beruf, zu anderer Erziehungsart, Aufmerksam- machen auf Erziehungsängel, Entnahme aus der Schule, Ver- ringerung der Schulanforderungen) statt, für 7 Fälle wurde Schulaufsicht angeregt, für 20 Fälle die Aufnahme in eine Psy- chopathenanstalt bezw. Irrenanstalt bezw. Schwachsinnigenanstalt bezw. Fürsorgeanstalt; für 3 Fälle Erholungsurlaub, für 12 Fäl- len wurde Pflege- bezw. Beruf- und Dienststellen besorgt. Daß die Unter- suchung der zugeführten Kinder und Jugendlichen eine wirk- liche Notwendigkeit war, ergab sich aus der großen Zahl der bei ihnen festgestellten geistigen Veränderungen, erbliche Belastung u. anderes.

Die Beratungsstelle bleibt für die in Fürsorgeerziehung ge- nommenen Jugendlichen Kontrollstelle, auch in bezug auf psychia- trische Aufsicht, ganz gleich, ob sie in Familien-erziehung oder An- stalts-erziehung kommen. Die Tatsache, daß reichlich 1/4 aller Fürsorgezöglinge mit geistigen Mängeln behaftet sind, läßt eine solche fortlaufende psychiatrische Aufsicht und Beratung als drin- gend notwendig erscheinen. Im Erziehungsheim Wakenhof findet eine Trennung der normalen und psychopathischen Zöglinge nicht statt, die Vermengung hat zu keinerlei Schwierigkeiten oder Nachteilen geführt. Der Eigenart der Psychopathen wird eben Rechnung getragen durch die fortlaufende psychiatrische Aufsicht und engste Fühlungnahme zwischen dem Leiter der Anstalt und dem Psychiater. Bei dieser Organisation erübrigt sich für Lübeck die Errichtung einer besonderen Psychopathenanstalt, für die unferne wirtschaftlichen Verhältnisse ohnehin keine Möglichkeit geboten hätte. Nur ganz schwere affektive Elemente, gering an Zahl, müssen zurzeit noch auswärtig untergebracht werden.

So ist heute der Stand der Psychopathenfürsorge in Lübeck. Sie erfüllt die Forderung, die von psychiatrischer und pädagogi- scher Seite, von psychiatrischen Organisationen und dem allge- meinen Fürsorgeerziehungstag gestellt werden, deren wesentlichste die ist, einen psychiatrischen Sachverständigen als ständigen Sach- beirat dem Jugendamt einzugliedern. Innerer und äußerer Ausbau des Erziehungsheims Wakenhof und die Errichtung einer gleichartigen Anstalt für Mädchen, deren Lübeck dringend bedarf, werden die nächsten Ziele unserer Psychopathenfürsorge sein müssen. Oberarzt Dr. Enge.

**Aufzähler.** Dem Jugendamt ging von der Stadtverwaltung Ham- burg a. Rh. folgendes Schreiben vom 28. September zu: Die dort untergebrachten Kinder sind am 22. b. M. zurückgeführt und glücklich und wohlbehalten hier angekommen. Das durchweg gute Aussehen der Kinder legt Zeugnis davon ab, daß sie sich während des dortigen Aufenthaltes in bester Pflege befunden haben. Ich vernehle nicht, allen Pflegeeltern für ihre Fürsorge und Aufopferung den herzlichsten Dank auszusprechen und bitte, diesen Dank den Pflegeeltern in dort geeignet erscheinender Weise übermitteln zu wollen. Nicht minder herzlichen Dank spreche ich dem dortigen Jugendamt und den in der Fürsorge tätigen Per- sonen für die im Interesse der Hamburger Kinder gehaltenen Be- mühungen aus. Hoffentlich ist es möglich, auch im kommenden Jahre eine Anzahl Hamburger Kinder im dortigen Bezirk unter- zubringen.

**Führungen im Museum am Dom.** Im Museum am Dom werden die mit Erfolg eingerichteten Führungen diesen Winter fortgesetzt. Vorgelesen sind vorläufig die Sonntage vom 7. Oktober bis 9. Dezember; nach Weihnachten werden weitere Führungen stattfinden, wenn die Temperatur in den Museums- räumen es zuläßt. Am Sonntag, dem 7. Oktober, 11 1/2 Uhr, wird mit einer Führung im Naturhistorischen Museum über die Kauttiere begonnen. Der Plan hängt im Erdgeschoss des Museums aus.

**Wochenplan des Stadttheaters.** Sonntag: Costi fan tutte. Montag: Vorstellung für die Volksbühne: Jar und Zimmermann. Dienstag: Klarißa halbes Herz, 9. Vorst. im Dienstag-Ab. Mittwoch: Rheingold, 9. Vorst. im Mittwoch-Ab. Donnerstag: Costi fan tutte, 9. Vorst. im Donnerstag-Ab. Freitag: Klarißas halbes Herz, 9. Vorst. i. Freitag-Ab. Sonnabend: Vorstellung

für die Volksbühne: Wiener Blut. Sonntag: 10 Uhr: Vorstellung für die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Bühne: Costi fan tutte. 3 Uhr: 1. Vorstellung der Niederdeutschen Bühne, Hamburg: Inste. 7 1/2 Uhr: Trefland.

**pb. Für 50 Milliarden Lebensmittel gestohlen.** Ein in der Weidischen Straße wohnhafter Maschinenbauer sowie dessen Schwager, ein 19jähriger Seemann, hatten in der Nacht vom 3. zum 4. ds. Mts. einen auf dem Moislinger Rangierbahnhof ste- henden Wagon erbrochen und aus demselben größere Mengen Lebensmittel wie Kaffee, Schmalz, Cornedbeef usw. im Gesamtwerte von mindestens 50 Milliarden Mark gestohlen. Beide Diebe erkannten sich jedoch nicht lange ihrer Habe, denn sie konnten von der Kriminalpolizei recht bald ermittelt und festgenommen wer- den. Die Sachen sind restlos wieder herbeigeschafft worden.

**pb. Wegen Unterschlagung von Bekleidungsstücken im Werte von 4 Milliarden ging ein 47jähriger Arbeiter von hier und wegen Diebstahls von Tapeten und Glasfächer ein 34jähriger Zimmerer aus Graudenz, in Haft.**

**Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.**  
**Jungsozialisten!** Montag abend 8 Uhr: Monatsver- sammlung im Gew.-Haus. Vorstandssitzung pünktlich um 7 Uhr. (7292)  
**Aktion, Gewerkschaftsvorstände!** Korrespondenzblatt Nr. 39 ist sofort abzuholen.  
**Stadttheater.** Heute Sonnabend: „Jar und Zimmermann“ für die Volksbühne. Wegen Erkrankung von Frau Heine, Hannover, singt Frä. Studt die Partie der Marie.

### Theater und Musik.

**Stadttheater.** „Der Marquis v. Keith.“ Schauspiel in 5 Aufzügen von Frank Wedekind. Die Aufführung kommt zu spät: Wedekind ist tot und mit ihm der Marquis v. Keith, dieser Hochkapitel, in dem sich ein Stück von Wedekind selbst wider- spiegelt. Daß bei der Dürftigkeit der Spielpläne Wedekind augen- blicklich noch Mode ist, daß man die Schauspieler starr geradeaus schauen und selbstsam geackte Gesten vollführen läßt und zu dem wapiernen, kalten Klakstil des Dichters expressionistischen Rahmen fügt — das alles beweist nichts für das Wert und überzeugt nicht. — Und auch im Marquis von Keith enthielt sich der Jam- mer, daß Wedekind kein Gestalter, daß er ein karrifizierender Redner ist, dessen Geistesblitze Oskar Wildes geschliffenen Sprüchen nahefeiern, ohne deren zündende Schlagkraft zu erreichen. Und wie Wedekind die Technik des Dramas und dramatische Gestal- tung verachtet — seine Personen sprechen unentwegt aneinander vorbei — so wird seinen Dramen die schicksalgezeichnete Technik zum Fluch. Diese gestaltlose und bizarre Grotesk-Komik, die sich einer Sprache bedient, die im Leben kein Mensch spricht, diese überall lauernde Sinnlichkeit (auf den Erotiker Wedekind hatte einst ... Trost! nachdrücklich hingewiesen!) werden einem halb langweilig und nach dem zweiten Akte ersehnt: man wie Notan das Ende! Wohl auch deshalb, weil uns das Aben- teuerliche dieses Marquis von Keith nirgends erschüttert oder wenigstens fesselt — nicht einmal fürchten macht uns dieser Gel in der Löwenhaut, der von stolzer Uebermenschenhöhe kräht, weil er — ach, du lieber Gott — die Bücher einer Aktien-Gesellschaft nicht richtig liest. — Den Helden spielte Herr Walter Böhne; er war sich seiner Mission voll bewußt und ließ uns das merken: er betonte laut und unterdrückt stark; seine dar- stellerische Wirkung wurde am sichersten vielleicht da, wo er Wedekinds zynischer Witz mit troziger Realitätsnähe vortrug, leider blies er dabei durchweg in unnötiger Ueberheuerung. Dem zerfahrenen und zerquälten Gegenpieler Ernst Scholz gab Herr Brunar überzeugende Gestaltung — eine nicht leichte und gewiß nicht dankbare Aufgabe. Die verwitwete Gräfin Werdenfels, „das Weib“ in Keiths Leben — im Grunde doch eine recht fade Koden — verkörperte Fräulein B e r n i t z mit sicherem Griff. Die Herzensstöne der armen Rosy Gräfiner trug Frä. G r u e l glaubhaft und warm, theatralischer Sentimentalität getrübt aus- weichend. Der kührende junge Calmar des Herrn Walter Fel- jenstein war gut beobachtet. Herr Jakob Ziegler hatte großen Eifer und große Aufmerksamkeit auf die Ausgestaltung des Stückes verwendet.

### Sport.

**Sportfest der Freien Sportvereine Lübeck.** Am letzten Sonntag wurde das Fest unter Teilnahme der Arbeiter-Turnver- eine Lübeck und Rüditz sowie des Ballspielvereins Vorwärts ausgetragen. Besonders stark vertreten war die Frauenabteilung

des A. T. V. Lübeck. Morgens nahmen die Schüler den Platz in Anspruch. Mittags um 2 Uhr wurde angetreten, um in Sport- tracht zum Platz zu marschieren. Eine Ueberladung wurde uns hier zuteil, indem 28 Trommler und Pfeifer, Schüler der Altonaer Freien Turnerschaft, welche hier in Lübeck zum Vergnügen weil- ten, sich zur Verfügung stellten. Für die Mitwirkung dieser Ab- teilung hatte Gen. K. Weisbach gesorgt, da wegen des Ausnahme- zustandes dem Chor des A. T. V. die Erlaubnis zum Spielen verweigert worden war. Bewundernswert war es, das Können der Altonaer Schüler zu hören, somit nach ein Lob diesen Jungen und der Leitung unsern Dank für ihr Entgegenkommen. Auf dem Platz angekommen, wurde gleich zur allgemeinen Übung aufmar- schiert. Die Übungen als solche machten in der Gesamtheit einen vorbildlichen Eindruck und haben gewiß manchen Sportler von F. S. V. überreist. Anschließend begannen die eigentlichen Wet- tspiele. Den Resultaten nach ist zu ersehen, daß sämtliche Wett- spiele und Mannschaften ihr Bestes hergaben, um ehrenvoll ab- zuscheiden. Hierdurch ist der Beweis erbracht, daß auch die bis- her nur Fußballspieler von F. S. V. in bezug auf Turnspiele einen guten Fortschritt aufzuweisen haben. Ebenfalls war die Frauenab- teilung ihren Gegenmannschaften im Laufen ebenbürtig. Nach- folgend die Resultate:

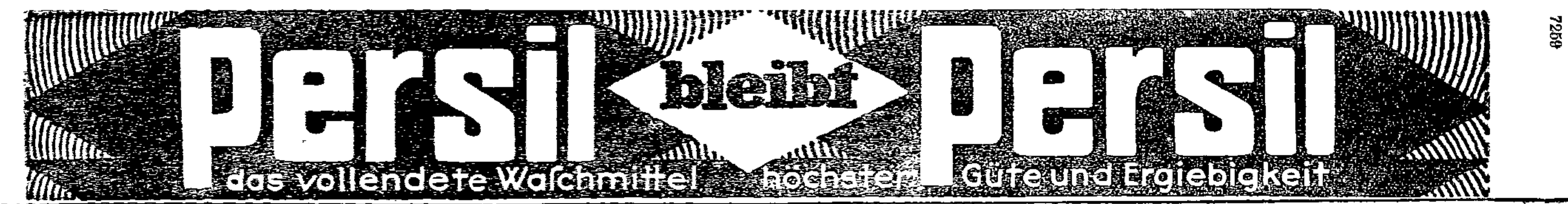
**Schlagballspiel:**  
F.S.V.—A.T.V. Schüler 44:70, F.S.V.—A.T.V. Herren 80:40.  
**Lamburball:**  
F.S.V. I—A.T.V. II Damen 120:124, F.S.V. II—A.T.V. II Damen 40:40.  
**Fußballspiel:**  
F.S.V. I—A.T.V. I Schüler 88:52, F.S.V. II—A.T.V. II Schüler 10:10, F.S.V. I—A.T.V. I Herren 115:108, F.S.V. Mte Herren—A.T.V. 78:71, F.S.V. I Damen—A.T.V. I Damen 88:64, F.S.V. I Herren—A.T.V. I Rüditz 128:132, A.T.V. I Herren—A.T.V. I Rüditz 62:93.  
**Laufen:**  
10X50 m Schüler: A.T.V. I Min. 28,1 Sek.  
F.S.V. I 28,1  
4X100 m Jugend: 55,4 Sek. A.T.V.  
59,2 Sek. F.S.V. I  
1 Min. F.S.V. II  
4X100 m Herren: 58 Sek. A.T.V.  
54 Sek. F.S.V.  
57 Sek. F.S.V.  
5X100 m Damen: 82 Sek. A.T.V.  
82,2 Sek. F.S.V. (ungültig)  
8X50 m Damen: 1 Min. 8 Sek. F.S.V.  
1 Min. 8,2 Sek. A.T.V.  
Schwedenfaherte: 2 Min. 12 Sek. A.T.V.  
2 Min. 20 Sek. F.S.V.  
2 Min. 28 Sek. F.S.V.  
3000 m Herren und Jugend:  
Seifert 11 Min. 18 Sek., Drämpahl 11 Min. 18 Sek., Kirchner 12 Min 28 Sek.  
**Sonntag nachmittag 3 Uhr: Leichtathletische Übungs- stunde, Buniamshof. (7303) S. Roofs.**  
Am Sonntag, dem 7. Oktober 23 spielt die 1. Mannschaft B. S. V. — Viktoria 1 statt 4 Uhr schon 2,15 Uhr auf der Falken- wiese. Die Mannschaften treten in stärkster Aufstellung an. Die Viktoriamannschaft konnte am 16. 8. gegen den vorjährigen Meister mit 1:1 abknicken. Interessanter Sport steht bevor. Erreichen jedes Arbeiterportlers ist Ehrenpflicht.  
4 Uhr: F. S. V. 2 — Viktoria 2. (7302)  
Lübecker Fußballklub „Viktoria“ van 1908.  
Rob. Hanke, 1. Vorst., Sadowastr. 23.

### Briefkasten.

**Kolonie Bliq. N. 2** auf dem 10-Millionen-Schein ist der Kontrollausweis des Druckers für die Reichsbank. — 10 Millionen für den Kampffonds.  
**M.** Im Wortsinne ist Judentum und Christentum na- türlich ein Gegensatz. — Nach Dudens Rechtschreibung heißt es Bädung.



Spanetti  
die beste Milch-Schokolade



**Persil bleibt Persil**  
das vollendete Waschmittel höchster Güte und Ergiebigkeit

### Amtlicher Teil

#### Personenstandsannahme.

Zur Feststellung der Steuerpflichtigen findet am 10. Oktober d. J. eine Personenstandsannahme statt. Nach § 167 der Reichsabgabenordnung ist hierbei die Mitwirkung der Hausbesitzer und Haus- haltungsvorstände in Anspruch zu nehmen. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter sind ver- pflichtet, an sämtliche, ihr Grundstück bewohnen- den Haushaltungsvorstände Wohnungslisten zu verteilen, die von diesen ausgefüllten Listen wieder einzusammeln und spätestens bis zum 15. Oktober d. J. in der Stadtgemeinde Lübeck an das Statistische Landesamt, Mengstraße 44 oder an die Polizeiwachen bezw. Stationen, im Landgebiet an die Gemeindevorstände zurückzuliefern.  
Mit der Verteilung der Wohnungslisten ist am 1. Oktober 1923 begonnen worden; sie wird spätestens am 9. Oktober 1923 beendet sein.  
Lübeck, den 5. Oktober 1923. (7277)  
**Das Finanzamt.**  
Die auf den 9. Oktober 1923 anberaumte Zwangsversteigerung des Grundstücks Fadenburger Allee 69 findet nicht statt.  
Lübeck, den 5. Oktober 1923. (7284)  
**Das Amtsgericht, Abteilung III.**  
Die Rechtsabgabe werden ab 8. d. Mts. abh. Kämpfer: siehe Kämpfer in der Halle.  
Die Rechtsabgabe.

### Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden Preise für Gas, Strom und Wasser von jetzt ab zweimal in jeder Woche festgesetzt.  
Demgemäß betragen die vom 7. Oktober für den rückliegenden Verbrauch zur Verrechnung kommenden Preise:  
I. 1 cbm Gas . . . . . 27 000 000  
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom . . . . . 57 000 000  
I. . . . . 33 000 000  
III. 1 cbm Wasser  
A. in Lübeck:  
1. für Haushaltungszwecke Mf. 16 000 000  
2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch Mf. 32 000 000  
B. in Travemünde . . . . . 16 000 000  
IV. für Wasser nach heftbaren Räumern monatlich:  
1. Haus mit Leitungen . . . . . 24 000 000  
2. Haus ohne Leitungen . . . . . 8 000 000  
Die Zehnfach beträgt 3 Tage.  
Bei Ueberzahlung der Zahlungsfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mf. für jede angefangene 100 000 Mf. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 54 000 000 Mark zu zahlen.  
Sachverständigen zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 8. Dezember d. J. sind am Montag und Dienstag dieser Woche vormittags in allen Verkaufsstellen zu haben.  
Städtische Betriebe. (7307)

### Landabgabe.

Abgabepflichtige, die mit der Zahlung der am 1. Oktober 1923 fälligen Landabgabe noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, um- gehend die Zahlung zu leisten, widrigenfalls ohne weitere Mahnung die Zwangsversteigerung ein- tritt. Durch Einlegung eines Rechtsmittels oder Stellung eines Stundungsantrages wird die Erhebung der Abgabe nicht aufgehalten.  
Lübeck, den 4. Oktober 1923. (7287)  
**Das Finanzamt.**

### Zwangsversteigerung.

Zwangs-Aufhebung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 1959, auf den Namen der unverheirateten Elsa Maria Selma Gräster und des Kaufmannes Ernst Karl Paul Gräster beide in Lübeck in un- geteilter Erbengemeinschaft eingetragene Grund- stück Hanjastraße Nr. 66 groß 2 a 72 qm, am **Dienstag, dem 20. November 1923, vorm. 11 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 20, versteigert werden.  
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zeitig der Eintragung des Versteigerungsver- merkes am 28. September 1923 aus dem Grund- buche nicht ersichtlich waren, spätestens im Ver- steigerungstermine vor der Aufforderung zur Ab- gabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung

des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden. Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 27. Sep- tember 1923, bereits verstrichen war.  
Diesjenigen, welche ein der Versteigerung ent- gegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens her- beizuführen, widrigenfalls für das Recht der Ver- steigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.  
Lübeck, den 3. Oktober 1923. (7320)  
**Das Amtsgericht, Abt. III.**

### Bekanntmachung,

betreffend die Standgeldsätze auf dem Markt am Holstentor.  
Die Standgeldsätze für den Gemüsemarkt am Holstentor sind erhöht worden und ist die je- weilige Höhe bei dem Aufsichtspersonal der Markt- behörde zu erfahren.  
Lübeck, 5. Okt. 1923. **Das Polizeiamt.** (7318)

Die Moislinger Allee wird auf der Strecke von km 2,5 (Nr. 81) bis km 2,7 (Nr. 89) bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. Der durchgehende Wagenverkehr zwischen Moisl- linger Baum und Lübeck muß über die Geniner Straße erfolgen.  
Lübeck, 4. Oktbr. 1923. **Das Polizeiamt.** (7312)